Konsolidierte Umwelterklärung 2024

des Bayerischen Staatsministeriums für Umwelt und Verbraucherschutz (StMUV)



Inhaltsverzeichnis

VORWORT	3
1 STANDORT, AUFGABEN UND TÄTIGKEITEN DES MINISTERIUMS	4
2 UMWELTPOLITIK DES MINISTERIUMS IM SINNE VON EMAS	5
3 INDIREKTE UND DIREKTE UMWELTAUSWIRKUNGEN	6
3.1 AUSGEWÄHLTE THEMEN AUS DEM BEREICH DES STRATEGISCH-POLITISCHEN UMWELTSCHUTZES	7
3.1.1 Wasserzukunft Bayern 2050	7
3.1.2 Klimaschutz	8
3.1.3 Umsetzung des Volksbegehrens "Artenvielfalt und Naturschönheit in Bayern – Rettet die Bienen!" und des damit verbundenen Begleitgesetzes ("Versöhnungsgesetz")	
3.1.4 Nachhaltiger Konsum	9
3.2 UMWELTAUSWIRKUNGEN AUS DEM OPERATIONELLEN DIENSTBETRIEB	11
3.2.1 Rahmendaten - Bezugsgrößen zur Bildung von Kennzahlen und Indikatoren	.11
3.2.2 Chronik zum innerbetrieblichen Umweltschutz im StMUV	.13
3.2.3 Daten, Kennzahlen und Kernindikatoren	14

3.2.4 Kennzahlen und Kernindikatoren im Jahresvergleich 2022 zu 2023	32
3.2.5 Umweltbilanz 2023	33
3.2.6 Umweltprogramm 2024 (Bereich Dienstbetrieb und Dienstgebäude)	34
4 DAS UMWELTMANAGEMENTSYSTEM (UMS) DES STMUV	36
4.1 Organisationsgrundsatz für das UmS	36
4.2 Systemelemente des UmS	36
4.3 Beschreibung von Aufgaben und Prozessen in den Systemelementen	36
5 GÜLTIGKEITSERKLÄRUNG	42
IMPRESSUM UND ANSPRECHPARTNER	43

Vorwort

Das Bayerische Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz (StMUV) kann auf weit mehr als 25 Jahre praktische Erfahrung mit Umweltmanagementsystemen im eigenen Haus zurückblicken. Im EMAS-Register der Industrie- und Handelskammer München und Oberbayern sind wir seit 2004 unter der Nr. DE-155-00237 als EMAS-zertifizierte Organisation eingetragen.

EMAS erfordert, dass die teilnehmenden Organisationen sämtliche rechtlichen Vorgaben einhalten. Dies hat zur Folge, dass auch die neuen Anforderungen zum Klimaschutz und zur Energieeffizienz zu berücksichtigen sind. Aus den Klimaschutzgesetzen und dem Energieeffizienzgesetz (EnfEG) ergeben sich speziell für öffentliche Stellen besonders anspruchsvolle Ziele und Nachweispflichten. Ein Teil der Nachweispflichten können über qualitative Umweltmanagementsysteme (so auch beispielsweise EMAS) erbracht werden, sodass sich das StMUV entschlossen hat, das Klima- und Energiemanagement komplett in EMAS zu integrieren. Mit der Veröffentlichung der durch einen externen Umweltgutachter geprüften Umwelterklärung 2024 kommt das StMUV der Berichtspflicht gegenüber der Öffentlichkeit nach.

Entstanden ist ein umfangreiches, informatives Werk, das ich uneingeschränkt der Lektüre empfehlen kann.

Ministerialdirektor Dr. Christian Barth

1 Standort, Aufgaben und Tätigkeiten des Ministeriums

Das StMUV hat seinen Standort in München am Rosenkavalierplatz 2. Das Dienstgebäude (Baujahr 1967) liegt in unmittelbarer Nähe zum "Mittleren Ring" und ist über eine U-Bahn Endhaltestelle, eine Straßenbahnhaltestelle und den Busbahnhof Arabellapark hervorragend an das öffentliche Nahverkehrssystem angebunden. Lageplan des Dienstgebäudes

Als oberste Landesbehörde ist das Ministerium im Rahmen seiner Ressortzuständigkeit beim Erstellen von Gesetzesentwürfen sowie beim Erlass von Rechtsverordnungen und Verwaltungsvorschriften beteiligt, arbeitet mit dem Bayerischen Landtag, dem Bundesrat, den Obersten Behörden des Bundes und der Länder sowie den EU-Institutionen zusammen, entwickelt Programme und Konzeptionen und stellt den Verwaltungsvollzug in seinem Aufgabenbereich sicher. Dem Ministerium fachlich zugeordnet sind folgende nachgeordnete Behörden:

- Bayerisches Landesamt für Umwelt (LfU),
- o Bayerisches Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (LGL)
- o Bayerische Akademie für Naturschutz und Landschaftspflege (ANL)
- o Nationalpark Bayerischer Wald und Nationalpark Berchtesgaden
- 17 Wasserwirtschaftsämter (WWA)
- Bayerische Kontrollbehörde für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen (KBLV)
- 7 Gewerbeaufsichtsämter (angegliedert an die Regierungen)

sowie

 die fachlich entsprechenden Bereiche auf Ebene der Regierungen und der Kreisverwaltungsbehörden.

Das Aufgaben- und Tätigkeitsfeld des StMUV umfasst folgende Bereiche, die auch organisatorisch abgebildet sind:

- Klimaschutz, Politik, Nachhaltigkeit
- Verbraucherschutz und Gewerbeaufsicht
- o Gesundheitlicher Verbraucherschutz, Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen
- o Wasserwirtschaft und Geologie
- Naturschutz und Landschaftspflege
- Technischer Umweltschutz, Kreislaufwirtschaft, Bodenschutz
- o Kernenergie, Strahlenschutz, Stilllegung

Darüber hinaus nehmen die Abteilungen "Kommunikation und Planung" und "Zentrale Aufgaben und Dienstleistungen, Recht" abteilungsübergreifend Querschnittsaufgaben wahr."

2 Umweltpolitik des Ministeriums im Sinne von EMAS

Nach Art. 141 der Bayerischen Verfassung gehört zu den vorrangigen Aufgaben des Staates:

- o "Boden, Wasser und Luft als natürliche Lebensgrundlagen zu schützen, ...
- o auf möglichst sparsamen Umgang mit Energie zu achten,
- o die Leistungsfähigkeit des Naturhaushalts zu erhalten ...,
- o den Wald wegen seiner besonderen Bedeutung für den Naturhaushalt zu schützen...,
- die heimischen Tier- und Pflanzenarten und ihre notwendigen Lebensräume sowie kennzeichnende Orts- und Landschaftsbilder zu schonen und zu erhalten."

Diese in der Bayerischen Verfassung formulierten Staatsziele sind Grundlage unserer bayerischen Umweltpolitik, die durch die internationalen und nationalen Anforderungen zur Eingrenzung der weltweiten Klimaerwärmung ergänzt wurden.

Umweltschutzpolitik hatte sich im vergangenen Jahrhundert hauptsächlich auf Instrumente des hoheitlichen Verwaltungshandelns gestützt und dabei große Erfolge erzielt. Gleichwohl verblieben Problemfelder, bei denen hoheitliche Instrumentarien nicht ausreichten, sondern andere Strategien erforderlich waren. So wurden Bildungsmaßnahmen und kooperative Ansätze z.B. mit der Wirtschaft (produzierendes Gewerbe, Energiewirtschaft, Landwirtschaft, Handel und Dienstleistungen einschließlich Tourismus) entwickelt, die zu Verbesserungen über den gesetzlichen Rahmen hinaus geführt haben. Mit dem im Jahr 1995 abgeschlossenen Umweltpakt Bayern, der auf die Grundwerte Eigenverantwortung, Freiwilligkeit und Kooperation setzt, haben teilnehmende bayerische Unternehmen Umweltleistungen erzielt, die allein mit regulatorischen gesetzlichen Vorgaben nicht zu erreichen gewesen wären. Am 1. Oktober 2020 wurde der Pakt neu als "Umwelt- und Klimapakt Bayern" aufgelegt und von den Spitzenvertretern der Bayerischen Staatsregierung und der bayerischen Wirtschaft unterzeichnet. Mit dieser Weiterentwicklung wollen die Partner neue Impulse im Klimaschutz setzen, Lösungen im Umgang mit weiteren herausragenden Umwelt- und Nachhaltigkeitsthemen entwickeln und damit Umwelt- und Klimaschutz in Unternehmen und Betrieben voranbringen.

Die Umweltpolitik des StMUV im Sinne von EMAS wird durch folgende Kernelemente geprägt:

I. ZIEL

Wir verfolgen das Ziel einer fortlaufenden und nachhaltigen Verbesserung des Umwelt- und Klimaschutzes. Dieses Ziel bezieht sich sowohl auf den strategisch-politischen fachlichen Tätigkeitsbereich des StMUV als auch auf den Bereich des operativen Dienstbetriebs. Wir ermitteln regelmäßig, welche Umweltauswirkungen und klimawirksamen Emissionen von unseren Aktivitäten und unserem Standort ausgehen und leiten hieraus Ziele und Maßnahmen für ein Umweltprogramm ab. Beim Klimaschutz streben wir die weitere Reduktion von Treibhausgasen aus unserem Dienstbetrieb bis auf ein unvermeidbares Maß an und kompensieren seit 2018 die noch verbliebenen THG-Emissionen

aus unserem Dienstbetrieb durch den Erwerb von Emissionszertifikaten. Wir verpflichten uns zur Einhaltung aller geltenden Umweltvorschriften sowie Genehmigungsauflagen.

II. EIGENVERANTWORTUNG

Umwelt- und klimabewusstes vorbildliches Handeln gehört zu den Aufgaben jedes einzelnen Beschäftigten. Regelmäßige Aufklärung und Information sollen das Verantwortungsbewusstsein für die Umwelt und das Klima fördern und für ein umwelt- und klimabewusstes Handeln am Arbeitsplatz sensibilisieren. Das Einbringen von Verbesserungsvorschlägen wird unterstützt.

III. UMWELTSCHUTZ BEI AUFTRÄGEN UND VERGABEN

Externe Vertragspartner werden in unsere Bemühungen um eine umwelt- und klimafreundliche Verwaltung mit eingebunden. Bei der Vergabe öffentlicher Aufträge zur Beschaffung von Gütern, Dienstleistungen sowie Bauleistungen fordern wir die Einhaltung von Umweltstandards nach Maßgabe der "Umweltrichtlinien Öffentliches Auftragswesen". Z. T. berücksichtigen wir darüber hinaus gehende ökologische und soziale Kriterien.

IV. INFORMATION FÜR ÖFFENTLICHKEIT UND UNTERSTÜTZUNG VON BEHÖRDEN Der Öffentlichkeit stellen wir in Umsetzung des Bayerischen Umweltinformationsgesetzes (BayUIG) alle vier Jahre im Umweltbericht Bayern und in weiteren Publikationen Informationen zur Entwicklung der Umwelt in Bayern, die durch unsere Aktivitäten indirekt beeinflusst wird, zur Verfügung. Über unser betriebliches Umwelt- und Klimaverhalten geben wir in Umwelterklärungen und jährlich aktualisierten Bilanzen Rechenschaft.

Andere Unternehmen und Behörden erhalten in Form von Leitfäden, Beratung und Förderung Hilfestellung bei der Implementierung von Umweltmanagementsystemen.

3 Indirekte und direkte Umweltauswirkungen

Unser "Unternehmenszweck", das heißt die originäre Aufgabenstellung des Ministeriums, besteht darin, in den Bereichen Umwelt und Verbraucherschutz mit Hilfe von Rechts-, Planungs- und Förderentscheidungen dem Wohl der Allgemeinheit zu dienen und zwar dadurch, dass Verbesserungen des Umweltzustands angestrebt und Umweltbelastungen verringert werden. Die Aktivitäten, Initiativen und Projekte des Ministeriums wirken auf die Umwelt vorwiegend durch das Agieren von Dritten (Personen und Institutionen) ein, verursachen somit indirekt Umweltauswirkungen. Neben diesen indirekten Umweltauswirkungen haben der Dienstbetrieb, das Dienstgebäude und die Dienstreisen der Beschäftigten aber auch direkt Einfluss auf die Umwelt, indem verschiedene Ressourcen wie Strom, Wärmeenergie, Wasser, Produkte verbraucht und Emissionen wie Abwärme, Abluft, Abwasser, Abfall und Lärm erzeugt werden.

Auch wenn unsere indirekten Umweltauswirkungen wegen unseres speziellen Unternehmenszwecks bedeutender als die direkten sind, beschreiben wir in unseren Umwelterklärungen und jährlichen Aktualisierungen den Bereich der Umweltauswirkungen, auf den wir direkt durch unseren Dienstbetrieb einwirken. Wir sprechen in diesem Zusammenhang von operationellem Umweltschutz im Gegensatz zum Bereich des strategisch politischen Umweltschutzes, bei dem die Strategiesteuerung, wie bei vielen anderen Organisationen auch, außerhalb von EMAS über den Planungsstab und die Fachabteilungen erfolgt.

Die indirekten Umweltauswirkungen werden ausführlich im UMWELTBERICHT BAYERN dargestellt. Zur Vermeidung von Doppelarbeit wählen wir aus diesem Bereich lediglich vier Themen aus, die wir in unserer UE exemplarisch etwas näher beschreiben.

3.1 Ausgewählte Themen aus dem Bereich des strategisch-politischen Umweltschutzes

Als Beispiele für aktuelle Aufgabenschwerpunkte wollen wir folgende Themen nachstehend etwas näher behandeln:

- Wasserzukunft Bayern 2050
- Klimaschutz
- Umsetzung des Volksbegehrens "Artenvielfalt und Naturschönheit in Bayern Rettet die Bienen!" und des damit verbundenen Begleitgesetzes ("Versöhnungsgesetz")
- Nachhaltiger Konsum

3.1.1 Wasserzukunft Bayern 2050

Die "Wasserzukunft Bayern 2050" ist die integrale Strategie der bayerischen Wasserwirtschaftsverwaltung zur mittel- bis langfristigen Bewirtschaftung unserer Wasserressourcen, die für bislang absehbare Folgen des Klimawandels und weitere Veränderungsfaktoren Anpassungsmaßnahmen ableitet.

Sie umfasst die vier strategischen Bereiche Wassersicherheit (Trockenheit und Dürre), Hochwasserschutz, Ökologie und Sozialfunktion.

Das Programm "Wassersicherheit 2050" deckt dabei ein umfangreiches Trockenheits- und Dürremanagement ab. Hierbei stehen die Sicherstellung der öffentlichen Wasserversorgung, die Reduzierung der Belastung des Abwassers, ein verbesserter Landschaftswasserhaushalt sowie die klimaresiliente Entwicklung unserer Dörfer und Städte im Fokus. Gemeinsam mit allen Akteuren und Betroffenen

(aus Staat, Kommunen, Verbänden, Sonstigen) werden Projekte und Maßnahmen geplant, umgesetzt und evaluiert.

Das Bayerische "Gewässer-Aktionsprogramm 2030" (kurz: PRO Gewässer 2030) umfasst als Nachfolgeprogramm der bisherigen Hochwasserschutzprogramme neben dem Bereich Hochwasser auch die Themen Ökologie und Sozialfunktion. Damit werden unter anderem die gesetzlichen Anforderungen der Hochwasserrisikomanagement-Richtlinie (HWRM-RL) und wichtige Aspekte der Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) sowie weiterer nationaler Gesetzesgrundlagen aufgegriffen.

3.1.2 Klimaschutz

Bayern zählt bereits heute mit rund 6 Tonnen energiebedingtem CO₂-Ausstoß pro Kopf und Jahr weltweit mit zu den fortschrittlichsten Industrieländern (Bundesdurchschnitt rd. 9 Tonnen CO₂ pro Kopf und Jahr, USA rd. 16 Tonnen). Unsere ehrgeizige und im neuen Bayerischen Klimaschutzgesetz verankerte Zielsetzung, bereits 2040 klimaneutral zu werden, hat das StMUV veranlasst unter Beteiligung aller Ressorts der Bayerischen Staatsregierung ein neues Bayerisches Klimaschutzprogramm vorzulegen. Es ist das Herzstück bayerischer Klimaschutzpolitik und umfasst in fünf zentralen Aktionsfeldern derzeit 110 Einzelmaßnahmen aus den Bereichen Klimaschutz, Klimaanpassung und Klimaforschung sowie 5 klimapolitische Leitlinien.

Der Klimabericht 2023 informiert zudem über den Umsetzungsstand und erzielte Treibhausgasminderungen durch das Bayerische Klimaschutzprogramm, den Stand der Klimaanpassung und Ausgleichsmaßnahmen der Bayerischen Staatsregierung.

3.1.3 Umsetzung des Volksbegehrens "Artenvielfalt und Naturschönheit in Bayern – Rettet die Bienen!" und des damit verbundenen Begleitgesetzes ("Versöhnungsgesetz")

Die Umsetzung des Volksbegehrens Plus, d. h. des Volksbegehrens "Artenvielfalt und Naturschönheit in Bayern – Rettet die Bienen!" und des damit verbundenen Begleitgesetzes ("Versöhnungsgesetz") ist ein weiteres Schwerpunktthema des StMUV. Ziel ist es, den Artenschwund zu stoppen. Die noch vorhandenen Naturschätze müssen so erhalten und gepflegt werden, dass insbesondere gefährdete Tiere, Pflanzen und Pilze sich wieder ausbreiten und die Artenvielfalt in der Kulturlandschaft neu entsteht.

Die vielfältigen Maßnahmen, die von Seiten des StMUV durchgeführt wurden, haben zu einer Vielzahl von naturschutzrelevanten Verbesserungen geführt, die positive umweltrelevante Wirkungen haben. So wurden durch das Volksbegehren Plus die Naturschutzförderprogramme erheblich ausgeweitet. Die Fläche im Bayerischen Vertragsnaturschutzprogramm (VNP) hat sich von 90.000 ha in 2018 auf 164.000 in 2024 wesentlich erhöht. Evaluierungen zeigen, dass sich VNP-Flächen sehr

positiv auf die Artenvielfalt auswirken. Mit dem Landschaftspflege- und Naturparkprogramm hat das Umweltministerium 2023 rund 52 Millionen Euro Fördermittel in rund 5.000 Maßnahmen investiert. Damit können nun wesentlich mehr Naturschutzprojekte gefördert werden, auch mehrjährige Großprojekte, die beispielsweise für den Moor- und Artenschutz oder zum Aufbau des Biotopverbundes unerlässlich sind.

Eine Auswahl weiterer durchgeführter Maßnahmen in Federführung des StMUV zur Umsetzung des Volksbegehrens Plus zeigt, wie diese sich auf vielfältige Umweltaspekte positiv auswirken:

- Die Ausweitung des Biotopverbundes im Offenland. Die Berechnung weist für das Jahr 2023 einen Wert von 11,39% Biotopverbundfläche im Offenland in Bayern aus (Stand 31.12.2023).
 Der Biotopverbund ist wichtig, um dem Artenverlust entgegen zu wirken und wertvolle Lebensräume zu erhalten bzw. wiederherzustellen.
- 2023 setzten die insgesamt nun 30 Moormanagerinnen und Moormanager mehr als 80 Moorschutzprojekte vor Ort gemeinsam mit Landnutzern und Kommunen um. Für 2024 sind etwa 140 Projekte vorgesehen. Durch die Moorrenaturierungen in Bayern werden positive Klimaeffekte durch Speicherung von CO₂ erreicht, Moore haben eine wichtige Rolle hinsichtlich des Wasserrückhalts und sorgen für niedrige Hochwasserabflüsse und tragen damit zum Hochwasserschutz bei.
- Die Etablierung der Gewässerrandstreifen in Bayern kommt gut voran, auf einer Breite von fünf Metern dürfen Gewässerrandstreifen nicht mehr acker- und gartenbaulich genutzt werden. Gewässerrandstreifen haben wichtige Funktionen im Naturhaushalt und beim Gewässerschutz (Puffer gegen Stoffeinträge, Schutz vor Abschwemmungen bei Hochwasser, Rückhalt von Nährstoffen und Feinmaterial).
- Zahlreiche weitere Maßnahmen wurden umgesetzt, wie etwa die schonendere Bewirtschaftung durch eine erste Mahd nicht vor dem 15. Juni auf 10 % der Grünlandflächen in Bayern, der Schutz von Strukturelementen wie Hecken, Baumreihen und Alleen und Maßnahmen zur Eindämmung der Lichtverschmutzung.

3.1.4 Nachhaltiger Konsum

Die Kommunikation im Kontext nachhaltigen Konsumierens und Verbrauchens ist ein wichtiger Hebel hinsichtlich indirekter Umweltauswirkungen.

Das StMUV beschäftigt sich im Bereich des wirtschaftlichen Verbraucherschutzes mit wichtigen alltagsnahen Themen rund um nachhaltigen Konsum.

Mit der Klimakommunikationskampagne "klima.bayern" (ehemals "Klimawandel meistern") wird eine überwiegend jüngere Zielgruppe via Social-Media-Posts (Instagram) angesprochen und für eine nachhaltige Nutzung von Textilien sensibilisiert. Konkrete Maßnahmen sind u.a.:

 praxisnahe Tipps zur Verlängerung der Nutzungsdauer von Kleidung und damit der Reduzierung von Textilabfällen und Ersatzproduktion

- Bewusstseinsbildung für geeignete, werterhaltende Pflege und Reparatur
- Sensibilisierung für die Textil-Lieferkette (Umweltauswirkungen und Sozialstandards)
- Hinweise zur Entsorgung von nicht mehr brauchbaren oder nicht mehr genutzten Kleidungsstücken und Heimtextilien (Möglichkeiten und Grenzen des Textilrecyclings)

Um bereits bei ganz jungen Verbraucherinnen und Verbrauchern das Bewusstsein für nachhaltigen Konsum im Bereich von Spielzeug, Kleidung und Büchern zu schärfen, wurde die Kindermitmachheftreihe "Lara & Ben" um eine Ausgabe rund um das Thema "Nachhaltige Kaufentscheidungen treffen" erweitert. Hier lernen Kinder, wie Dinge, die wir kaufen, hergestellt werden und warum es sich lohnt, diese möglichst lange zu nutzen oder sie zu reparieren.

Auch im Projekt "Partnerschule Verbraucherbildung Bayern" beschäftigen sich Schülerinnen und Schüler aus verschiedensten Altersstufen regelmäßig mit Themen des nachhaltigen Konsums, im letzten Schuljahr lag der Schwerpunkt hierbei auf "Fast Fashion".

Durch die institutionelle Förderung der beiden bayerischen Verbraucherverbände VerbraucherService Bayern e.V. und Verbraucherzentrale Bayern e.V. werden die Maßnahmen des StMUV durch Information, Bildung und Beratung der Verbände unterstützt. Auch soll es zukünftig "Repair Cafés" ermöglicht werden, einen Zuschuss zu erhalten, um so noch besser Hilfe zur Eigenreparatur – insbesondere von auf dem Reparaturmarkt nicht mehr wirtschaftlich zu reparierenden Alltagsgegenständen – geben zu können. Eine entsprechende Förderrichtlinie ist in Bearbeitung.

3.2 Umweltauswirkungen aus dem operationellen Dienstbetrieb

Unser Dienstbetrieb, die Nutzung und Bewirtschaftung des Dienstgebäudes, der tägliche Weg der Beschäftigten zwischen Wohn- und Arbeitsstätte sowie deren Dienst- und Fortbildungsreisen haben direkten Einfluss auf die Umwelt. Zu nennen sind in diesem Zusammenhang der Verbrauch an Ressourcen wie Strom, Wärmeenergie, Treibstoffe, Wasser, Material für Produkte, aber auch Emissionen wie Abwärme, Abluft, Abwasser, Abfall und Lärm. Die Verpflichtung zur kontinuierlichen und nachhaltigen Verbesserung bedeutet, dass wir bestrebt sind, unseren Ressourcenverbrauch und Emissionen einzuschränken. Zudem haben wir seit 2018 damit begonnen, die nicht vermeidbaren rechnerischen THG-Emissionen durch den Kauf und die Stilllegung von Emissionsminderungszertifikaten auszugleichen. Die bei den THG-Emissionsberechnungen zu berücksichtigenden Bereiche wurden schrittweise erweitert.

An Hand ausgewählter "Konten" veröffentlichen wir die Entwicklung unserer Verbräuche. Mit Hilfe von Rahmendaten, die als Bezugsgröße dienen, können zu den Verbrauchs- und Emissionsdaten Kennzahlen bzw. Kernindikatoren gebildet werden, die auch Vergleiche mit anderen Organisationen ermöglichen.

3.2.1 Rahmendaten - Bezugsgrößen zur Bildung von Kennzahlen und Indikatoren

Gebäude- und Grundstückszahlen (Nutzflächen am Standort)

Das Dienstgebäude wurde 1967/68 in Stahlbetonskelettbauweise im Stadtteil Bogenhausen am Rosenkavalierplatz 2 in München errichtet. Neben dem Gebäude wurde 1984 eine unterirdische Mehrzweckanlage gebaut, die dem Ministerium als Tiefgarage zur Verfügung steht. Im Untergeschoss des Ministeriums befindet sich eine verpachtete Betriebskantine, die auch von Externen besucht wird.

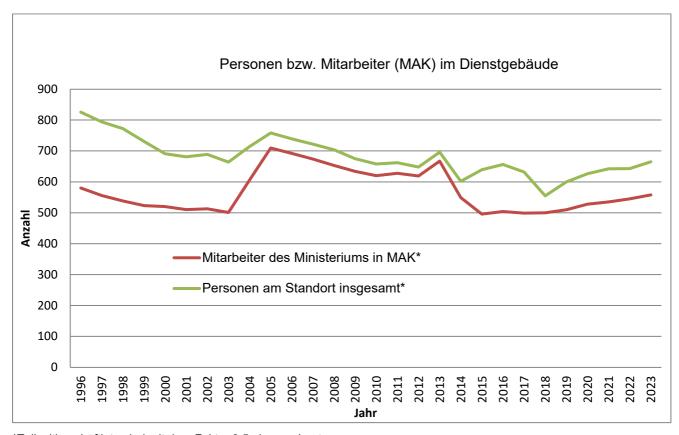
	Dienstgebäude	Tiefgarage	Summe (DG+TG)
Nettogrundfläche (NGF) in m²	31.559	7.254	38.813
Bruttorauminhalt (BRI) in m³	124.113	25.326	149.439

Personen- bzw. Mitarbeiterzahlen

In unserem Dienstgebäude sind nicht nur die Beschäftigten des StMUV, sondern auch Personen anderer Institutionen untergebracht. So nutzen gegenwärtig das Bayerische Staatsministeriums für Unterricht und Kultus und der Bayerische Naturschutzfonds Büroräume, befindet sich im Untergeschoss eine Kantine, die auch von Externen genutzt wird, und im Erdgeschoss eine städtische Kindertagesstätte.

Es ist nicht möglich, mit vertretbarem Aufwand und hinreichender Genauigkeit alle Verbrauchszahlen auf die einzelnen Personengruppen im Hause zu verteilen. Daher müssen einzelne Kennwerte auf die gesamte Personenzahl am Standort, andere auf die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des

Ministeriums bezogen werden. Bei der Anzahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Umweltministeriums handelt es sich um rechnerische Werte in Vollzeitäquivalenten, die verkürzt als Mitarbeiterkapazität (MAK) angegeben werden. Dieser rechnerische Wert ist niedriger als die Anzahl der Beschäftigten des Umweltministeriums. Die tatsächlich im Dienstgebäude befindlichen Personenzahlen liegen aber infolge von Homeoffice, Urlauben, Außendiensten und sonstigen Abwesenheiten unterhalb der grafisch dargestellten Werte.



^{*}Teilzeitbeschäftigte sind mit dem Faktor 0,5 eingerechnet

Die Anzahl der Personen am Standort schwankt. Der deutliche Rückgang von 1996 bis 2000 war durch den Aus- und Umzug des Landesamts für Umwelt LfU nach Augsburg verursacht. Der Anstieg von 2003 bis 2005 war Folge der Zusammenlegung des ehemaligen Staatsministeriums für Gesundheit, Ernährung und Verbraucherschutz (StMGEV) mit dem Umweltministerium. Mit Gründung und Auszug des eigenständigen Staatsministeriums für Gesundheit und Pflege fielen die Mitarbeiterzahlen 2014 wieder auf einen Wert von rund 500. Der ab 2018 ersichtliche Anstieg ist auf Stellen, die dem Ministerium für zusätzliche Aufgaben zur Verfügung gestellt wurden, zurückzuführen.

3.2.2 Chronik zum innerbetrieblichen Umweltschutz im StMUV

Umwelto	
1970	Freistaat Bayern gründet erstes Umweltministerium
1972	Umstellung des gesamten Papiereinsatzes auf Recyclingpapier
1986/87	Begrünung des unterkellerten Innenhofes mit einheimischen Pflanzen der Fröttmaninger Heide
1988	Untersuchung des Beschaffungswesens und der Behördenführung nach Umweltgesichtspunkten durch der Bundesdeutschen Arbeitskreis für umweltbewusstes Management e.V. (B.A.U.M)
1990	Einführung der Abfalltrennung im Dienstgebäude
1991	Ausbau der Abfalltrennung in der Kantine, Abschaffung von Getränkedosen, Einwegflaschen und anderen
	Einwegverpackungen
1991/92	Einbau einer energiesparenden Klimaanlage im Rechenzentrum, Austausch energieintensiver Kompressor- systeme gegen energiesparende FCKW-freie Wärmetauschersysteme mit Grundwasserkühlung
1993	Installation einer Solaranlage an der Südfassade
1993/94	Einbau energiesparender Vorschaltgeräte und Leuchtstoffröhren, Beseitigung der PCB-haltigen Komponen ten
1995/96	Sanierung der Abwassergrundleitungen; vollständige Versickerung des Regenwassers
1996/97	Durchführung eines Öko-Audits nach den Vorgaben der Verordnung (EWG) Nr. 1836/93
1996/99	Einführung der Bürokommunikation mit elektronischer Vernetzung der Arbeitsplätze
1997	Veröffentlichung der Umwelterklärung 1997
1998	Beginn des Einbaus eines Lichtmanagementsystems
1999	Einführung der Gebäudeleittechnik
1999	Austausch der Heizkörperventile
1999	Auszug des Landesamtes für Umweltschutz
1999	Verstärkte Verwendung und Zubereitung von Frischwaren statt Fertigwaren in der Kantine
2000	Sanierung der Sanitäranlagen (Ostflügel) mit Austausch der Wasser- und Abwasserleitungen
2000	Umbau der ehemaligen Laborräume des LfU zu Büroräumen
2000	Veröffentlichung der Umwelterklärung 2000 (UmS zertifiziert nach ISO 14001)
2001	Beginn der Sanierungsarbeiten am Hausdach und der Hausfassade
2002	Sanierung der Flurbodenbeläge (Ersatz der Teppiche und PVC-Beläge durch Naturkautschukbeläge)
2002	Inbetriebnahme der neuen Solaranlage an der Fassade und auf dem Hausdach
2003	Fertigstellung der Sanierungsarbeiten an der Hausfassade sowie des Umbaus von Besprechungssälen und Pforte
2003	Veröffentlichung der Umwelterklärung 2003
2003	Ersteintragung in das EMAS-Register unter DE-155-00237
2005	Erneuerung des Antriebs und der Steuerung der beiden Hauptaufzüge im Eingangsbereich Südost
2006	Erneuerung des Antriebs und der Steuerung der beiden Aufzüge im Nordost-Flügel
2006	Revalidierung nach EMAS und ISO 14001 mit Veröffentlichung der Umwelterklärung 2006
2000 2007	Austausch der letzten Bildröhren-Bildschirme durch TFT-Flachbildschirme mit deutlich geringerem Ver-
	brauch
2008	Umstellung des gesamten Strombezugs auf CO ₂ -freien "M-Natur-Strom"
2009	Vorarbeiten zur energetischen Sanierung der Innenhoffassade
2009	Revalidierung nach EMAS und ISO 14001 mit Veröffentlichung der Umwelterklärung 2009
2009	Errichtung der ersten Elektro-Tankstelle am Dienstgebäude im Rahmen eines Feldversuchs
2010	Erneuerung des Antriebs und der Steuerung der Aufzüge West-Flügel
2010	Energetische Sanierung der Innenhoffassade (Außendämmung und dreifachverglasten Fenstern)
2011	Erneuerung der Treppenhausbeleuchtung (Energiesparlampen mit hoher Lichtausbeute)
2012	Reduktion der Brunnenlaufzeit zur Stromeinsparung
2012	Auszug der Server des Rechenzentrums mit Rückbau der zusätzlichen Klimatisierungseinheiten
2012	Revalidierung nach EMAS und ISO 14001 mit Veröffentlichung der Umwelterklärung 2012
2013	Ersatz der mechanischen Druckmaschinen durch digitale Druck- und Vervielfältigungsanlagen; Rückbau de Reprolabors
2013	Errichtung einer neuen Elektrotankstelle am Dienstgebäude
2013	Schirmherrschaft des Umweltministers bei Alt-Handy-Sammelaktion
2014	Beschaffung eines Elektro-PKW für den Fahr- und Botendienst
2015	Einführung der elektronischen Akte (eAkte) mit eGeschäftsgang im Ministerium
2015	Revalidierung nach EMAS mit Veröffentlichung der Umwelterklärung 2015
2016	Umstellung der Pflanzenbewässerung
2016	Umbau der Lüftungsanlage in der Druck- und Vervielfältigungsstelle, im Papierlager und den Küchenneben räumen
2016	Austausch zweier Transformatoren (von Öl- auf Trockentransformatoren)
2017	Teilnahme an Alt-Handy-Recycle-Aktion
2018	Einbau zusätzlicher Stromladestationen (in der Tiefgarage: 2 im 1.UG, 4 im 2.UG; oberirdisch: 3; im Fahr-
	radabstellraum: 4 E-Bike-Ladestationen)

2018	Beschaffung von zwei neuen Fahrrädern mit Elektromotor
2018	Austausch von Leuchtstoffröhren durch Einbau von LED-Röhren in den Deckenlampen der Flure
2018	Aufstellen eines Insektenhotels am Dienstgebäude
2018	Revalidierung nach EMAS mit Veröffentlichung der Umwelterklärung 2018
2019	THG-Kompensation von 629 t CO2aq für das Jahr 2018 durch Erwerb und Stilllegung von Emissionsminde-
	rungszertifikaten (Sichuan Haushaltsbiogasprogramm, Gold Standard CER)
2019	Beginn der Umgestaltung des Bewuchses am Standort unter fachkundiger Leitung
2019	Anmietung von neuen und zusätzlichen Elektro- und Hybridfahrzeugen
2020	Beschaffung eines weiteren rein elektrisches Kfz sowie eines Brennstoffzellen-PKW (Wasserstoff)
2020	Anschaffung weiterer Dienstfahrräder verschiedener Bauart und großenteils mit Elektroantrieb
2020	Errichtung zusätzlicher oberirdischer Fahrradstellplätze
2020	Beginn des Austauschs der Fenster an der Außenfassade (Energetische Sanierung)
2020	Fortsetzen des Austauschs von Dienst-Kfz mit Verbrennungsmotoren durch reine Elektro – und Hybrid-Kfz
2020	CO ₂ -Kompensation von 587 t CO ₂ für das Jahr 2019 durch Erwerb und Stilllegung von Emissionsminde-
	rungszertifikaten (Sichuan Haushaltsbiogasprogramm, Gold Standard CER)
2021	Beginn der Ausleihmöglichkeit von Dienst-Fahrrädern für Beschäftigte
2021	Überdachung oberirdischer Fahrradstellplätze
2021	CO ₂ -Kompensation von 287 t CO ₂ für das Jahr 2020 durch Erwerb und Stilllegung von Emissionsminde-
	rungszertifikaten (Sichuan Haushaltsbiogasprogramm, Gold Standard CER)
2021	Fortführen des Fensteraustausches an der Außenfassade
2021	Revalidierung nach EMAS mit Veröffentlichung der Umwelterklärung 2021
2022	Erweiterung der Fahrradständerüberdachung in Holzbauweise mit Dachbegrünung
2022	Fertigstellung des Fensteraustauschs an der Außenfassade
2022	Maßnahmen zur Einsparung von Energie: U.a. Ausbau der Warmwasserboiler in den Sanitärräumen, Au-
	ßerbetriebnahme des Brunnes im Eingangsbereich; Reduktion der Innenraumtemperatur auf 19 Grad; Er-
	weiterung von Homeoffice-Regelungen
2022	THG-Kompensation von 988 t CO _{2ãq} für das Jahr 2021 durch Erwerb und Stilllegung von Emissionsminde-
0000	rungszertifikaten (Sichuan Haushaltsbiogasprogramm, Gold Standard CER)
2023	Errichtung zusätzlicher Lademöglichkeiten in der Tiefgarage
2023	Endgültige Außerbetriebnahme des Brunnens am Haupteingang
2023	Umstellung des Dienst-Kfz-Fuhrparks auf 73 % Kfz mit reinem E-Antrieb, 1 Bus, 3 Hybrid-Pkw
2023	Entwicklung eines Systems zur Wertung der biologischen Vielfalt bei Flächen am Standort
2023	Projektgruppe zum Entwickeln und Einführen eines Klimamanagementsystems im StMUV
	Etablierung von Innovationsteams zur Einbindung der Mitarbeitenden bei den Aktivitäten zur Klimaneutralität
2023	im Bereich Mobilität, Kantine, Digitalisierung und Veranstaltungen THG-Kompensation von 487 t CO2 _{åq} (gemäß Ministerratsbeschluss vom 23. 07.2024) für das Jahr 2022
2023	durch Erwerb und Stilllegung von Emissionsminderungszertifikaten (Ruanda und Nepal Gold Standard CER)
2023	Abschluss der neunten EMAS-Periode mit Zertifizierung und Veröffentlichung der Aktualisierten Umwelter-
2023	klärung 2023 im alten EMAS-System
2024	Integration des Klimamanagements in die EMAS-Systematik deStMUV
2024	Komplette Umstellung des Fuhrparks auf Kfz mit Elektroantrieb mit einer Ausnahme (Minibus mit Dieselan-
ZUZ+	trieb)
2024	Festlegung der zu kompensierenden THG-Emissionen in Tonnen CO _{2äq}
2024	Ökologische Aufwertung des Außengeländes: Anlage von zwei Totholzhabitaten inkl. Benjes Hecke, Kom-
	post für Grünschnitt, Aufstellen von Infotafeln zur Förderung der biologischen Vielfalt für die Öffentlichkeit
	post fair Grandonnia, Adiotolici Volt inicialoni Zair Gradiang der biologiconen Violiait fair die Grandonkok

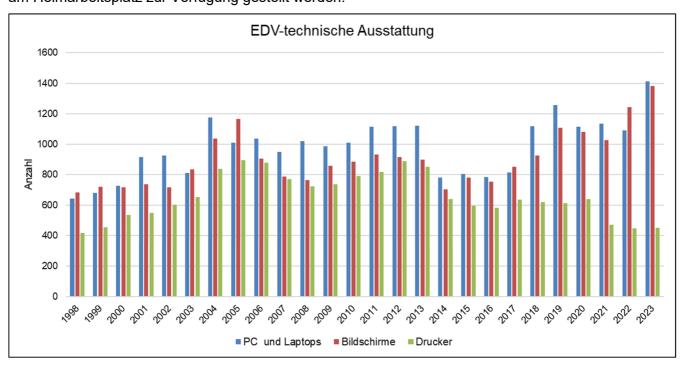
3.2.3 Daten, Kennzahlen und Kernindikatoren

Technische Anlagen und Maschinen, EDV-Anlagen und Fuhrpark

Von den zahlreichen technischen Anlagen, die wir statistisch erfassen, veröffentlichen wir nur noch die Zahlen von unseren bürotechnischen EDV-Anlagen und von unserem Fuhrpark, da die Summenzahlen von den übrigen technischen Anlagen wenig Schwankungen aufweisen und als absolute Zahlen einen geringen Aussagewert bezüglich Umweltrelevanz haben.

EDV-Anlagen

Die EDV-Anlagen in den Büros, die standardmäßig aus einem PC bzw. Laptop mit einem oder zwei Bildschirmen und einem Arbeitsplatzdrucker bestehen, stellen zahlenmäßig die bedeutendste Größe unter den technischen Anlagen dar. Durch den in Summe hohen Stromverbrauch und den Ressourcenverbrauch für die Herstellung, Zulieferung und Abgabe der Geräte, der Folge eines regelmäßigen Austauschs der Hardware ist, haben die EDV-Anlagen eine hohe Umweltrelevanz und einen deutlichen CO₂-Fußabdruck. Entgegen der früheren Strategie, die Gerätschaften in relativ kurzen fixen Zyklen auszutauschen, um eine hohe Ausfallsicherheit und geringen Wartungsaufwand sicherzustellen, werden die EDV-Anlagen heute unter dem Gesichtspunkt des gesamtheitlichen Ressourcenschutzes deutlich länger genutzt. Bedauerlicherweise ist bei Abkündigung von Support und Umstieg auf neuere Software häufig aber auch ein Hardwareaustausch unumgänglich. Mit Einsetzen der Corona-Pandemie wurden zum Schutz der Beschäftigten und zur Eindämmung der weiteren Verbreitung des Corona-Virus die Möglichkeiten des Arbeitens von zu Hause aus erheblich ausgebaut. Dies wie auch die Notwendigkeit, Besprechungen via Internet abzuhalten, hatte zur Folge, dass der EDV-Gerätebestand erheblich aufgestockt werden musste. Da aus Sicherheitsgründen private Geräte dienstlich nicht benutzt werden dürfen, mussten zusätzliche Gerätschaften den Beschäftigten auch am Heimarbeitsplatz zur Verfügung gestellt werden.

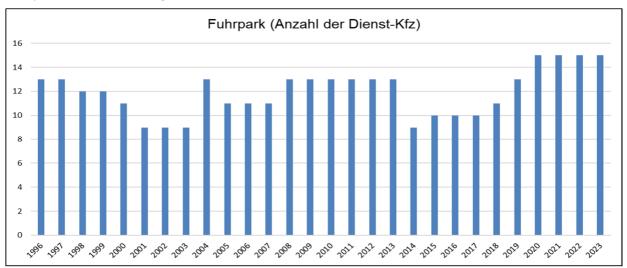


Dies wie auch das Bereitstellen eines zweiten Bildschirms am Arbeitsplatz, was das papierfreie Arbeiten (z.B. beim Übertragen von Daten aus verschiedenen gleichzeitig geöffneten Bildschirmfenstern) deutlich erleichtert, hatte zur Folge, dass die Anzahl der Bildschirme und PC/Laptops die Anzahl der Beschäftigten deutlich überschreitet. Erfreulicherweise können Arbeitsplatzdrucker Zug um Zug reduziert werden und wird die Anzahl der Rechner nach Umstellung auf Laptops auch zurückgehen.

Fuhrpark

Unser Fuhrpark besteht aus angemieteten/geleasten Fahrzeugen. Die Laufzeit der Mietverträge beträgt i.d.R. nur ein Jahr, sodass die Fahrzeuge immer über neue möglichst energieeffiziente Motoren verfügen. Die Energieeffizienz eines Elektromotors ist deutlich besser als die eines Verbrennungsmotors. Zudem sind bei Elektrofahrzeugen die Emissionen im Betrieb erheblich geringer, da keinerlei schädliche Abgase und weniger Lärm emittiert werden. Daher besteht der Fuhrpark des Ministeriums inzwischen bis auf eine Ausnahme (Kleinbus) aus Fahrzeugen mit Elektroantrieb.

Zusätzlich zu Serienfahrzeugen kommen immer wieder auch Testfahrzeuge zum Einsatz, die noch nicht in großer Serie gefertigt und vertrieben werden, so z.B. Fahrzeuge mit Brennstoffzelle (Wasserstoff), was den Fahrzeugbestand temporär erhöht.



Neben Dienstkraftfahrzeugen stellen wir den Beschäftigten 54 Fahrräder für Dienstfahrten, aber auch leihweise zur Erprobung und privaten Nutzung zur Verfügung. Die Beschäftigten können hier aus einer großen Anzahl verschiedener Fahrradarten und –bauformen (vom klassischen Stadt-Rad, über das Trecking- und Mountain-Bike bis hin zum Lasten- und Faltfahrrad) mit und ohne Elektromotorunterstützung wählen. Für die privaten Fahrräder sind in der Tiefgarage und oberirdisch zahlreiche überdachte Stellplätze vorhanden.

Betriebs- und Geschäftsausstattung

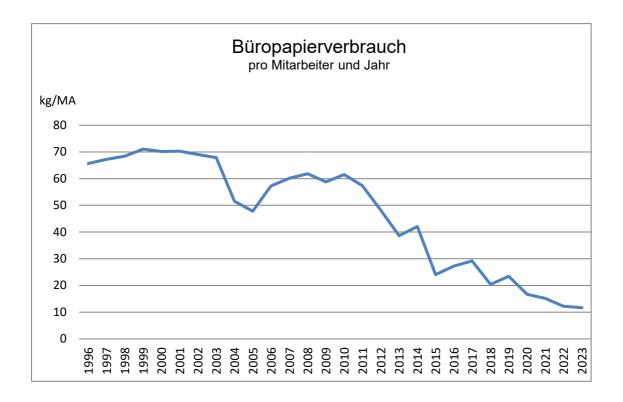
Büromöbel und Großgeräte (wie Kühlschränke, Klimaanlagen, Geschirrspüler, Waschmaschinen, Herde/größere Küchengeräte)

Bei den Betriebs- und Geschäftsausstattungsgegenständen erfassen wir nur noch die Beschaffung von Büromöbeln und Großgeräten, da andere Gerätschaften und Einrichtungsgegenstände von untergeordneter Umweltrelevanz sind. Da die Büromöbelstatistik seit rund 15 Jahren einen nahezu gleichbleibenden Bestand zeigt, verzichten wir auf das Fortführen der Möbelbestandslisten und berücksichtigen Büromöbel und Großgeräte lediglich bei der Beschaffung und Entsorgung in unserer THG-Bilanz.

Büropapier

Verwaltungshandeln nach rechtsstaatlichen Grundsätzen erfordert, dass alle wesentlichen Schritte des Verwaltungshandelns lückenlos und nachvollziehbar dokumentiert werden. Hierzu müssen die maßgebenden Informationen in Schriftform oder in anderweitig archivierbarer Form in Akten geordnet abgelegt und gegen unzulässige Veränderungen geschützt werden. In der "klassischen" Arbeitsweise erfolgte die Dokumentation wie auch der Geschäftsgang weitgehend in Papierform. Dies hatte einen enormen Verbrauch an Büropapier, einen hohen Raumbedarf in der Registratur und den Archiven zur Folge.

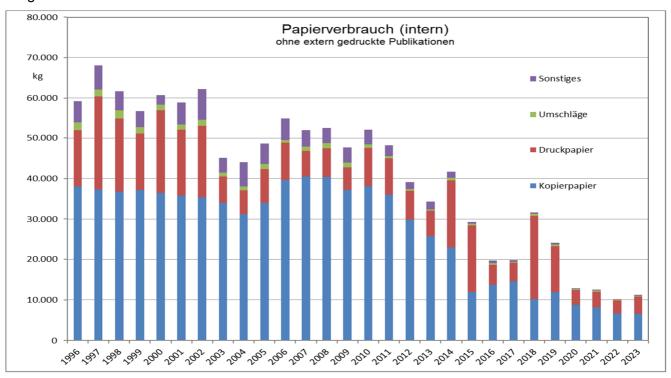
Unser Umweltziel ist, den Papierverbrauch zu senken. Diesem Ziel kam die Einführung der elektronischen Akte (eAkte) und des elektronischen Geschäftsgangs (eGG) entgegen. In unserem Ministerium ist die eAkte seit 2015 verbindlich eingeführt, d.h. nicht mehr die Papierform, sondern die elektronische Datei ist maßgebend. Bei gleichzeitiger Nutzung des eGG und der E-Mail zum Austausch mit anderen Behörden und Dritten sowie Archivierung im elektronischen Dokumentenmanagementsystem können viele Vorgänge komplett papierfrei abgewickelt und archiviert werden, so dass unser Papierverbrauch für Bürozwecke erheblich gesenkt werden konnte.



In einzelnen Bereichen ist ein Arbeiten in Papier aber weiterhin notwendig, sodass wir nicht komplett auf Papier verzichten können.

Zudem müssen einzelne Schrift- und Bildwerke nach wie vor in Papier gedruckt werden, insbesondere Berichte an verschiedene Institutionen und Publikationen im Bereich Öffentlichkeit, die zum Teil auch im Ministerium hergestellt werden.

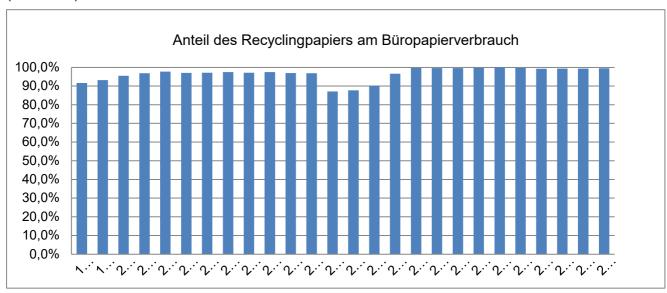
Unseren hausinternen Papierverbrauch (inklusiv der hausinternen Druckwerke) zeigt nachstehendes Diagramm.



Einsatz von Recycling-Papier

Als Standardbüropapier zum Drucken und Kopieren kommt bei uns Recyclingpapier zum Einsatz, das zu 100% aus Altpapier besteht, den "Blauen Engel" trägt, überwiegend von einem EMAS-zertifizierten Unternehmen stammt und sich durch beste Gebrauchseigenschaften (Weißheitsgrad, keine Störungen bei Druckern und Kopierern) sowie Haltbarkeit auszeichnet.

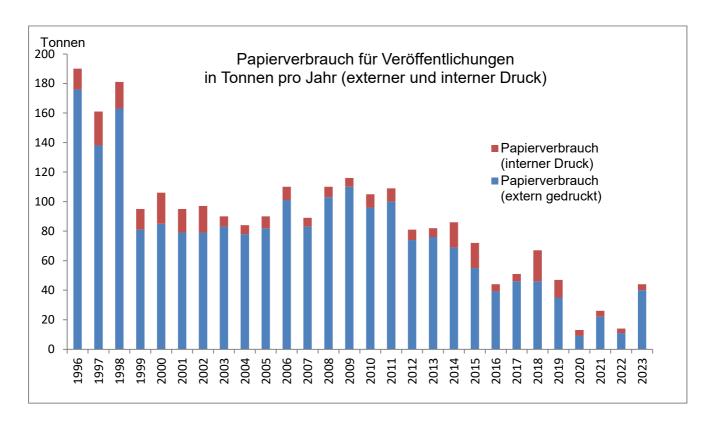
Unser Ziel ist, den Anteil dieses Recyclingpapiers an unserem Büropapierverbrauch möglichst hoch (über 98%) zu halten.



Veröffentlichungen

Obwohl die Mehrzahl von Publikationen auch oder ausschließlich in elektronischer Form zur Verfügung gestellt werden, hatten gedruckte Veröffentlichungen bis 2019 (vor der Corona-Pandemie) den größten Anteil an unserem Papierverbrauch. Die Corona-bedingten Einschränkungen führten 2020, 2021 und 2022 zur Absage fast aller Veranstaltungen. So konnte z.B. die seit Jahren sehr erfolgreiche jährliche "BayernTourNatur" aus Infektionsschutzgründen nicht stattfinden und damit entfielen auch der Druck und die Verteilung der Programmbroschüren. 2023 erreichte die Öffentlichkeitsarbeit wieder das Niveau von vor Corona, was sich in der nachstehenden Grafik zeigt. Hier fließt auch die neue Kinderzeitschrift Lara & Ben mit ein, die aufgrund der hohen Nachfrage auch entsprechende Druckauflagen bei dieser Zielgruppe erfordert.

In der Gesamtschau der letzten 15 Jahre zeigt sich, dass durch konsequente Bedarfsermittlung der Papierverbrauch kontinuierlich gesenkt werden konnte. Dabei wird stets die Notwendigkeit einer Publikation, die Notwendigkeit des Drucks, die Auflagenhöhe und die Möglichkeit alternativer Veröffentlichungsformen geprüft. Andererseits ist es verfassungsrechtlicher Auftrag des StMUV, die Bürgerinnen und Bürger zu informieren. Dies wird auf absehbare Zeit bei manchen Zielgruppen und manchen Inhalten nicht vollends ohne gedruckte Publikationen möglich sein.

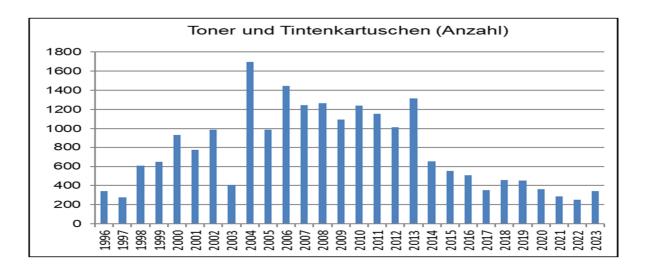


Büroartikel

Zur Begrenzung des Erfassungsaufwands haben wir 2003 im Konto Büroartikel nur noch Artikel erfasst, die für einen Büroalltag typisch sind und ein gewisse Umweltrelevanz haben. Hierzu zählten Organisationsmittel (Sichthüllen, Ordner), Toner, Datenträger und Kopierfolien. Die weitere

Entwicklung des Verbrauchs bei diesen Büroartikeln zeigte, dass ursprünglich häufig verwendete Büromaterialien (z.B. Kopierfolien für Vorträge an Tageslichtprojektoren) durch elektronische Medien (Datenträger) verdrängt wurden. Da aber selbst diese inzwischen keinerlei Bedeutung mehr haben, erfassen wir seit 2023 nur noch den Tonerverbrauch, der in der CO₂-Bilanz mitberücksichtigt wird.

Jahr	Organisationsmittel (Sichthüllen, Ordner)	Toner und Tintenkar- tuschen	Datenträger	Kopierfolien
1999	26.937	647	2.410	9.750
2000	20.979	935	556	11.020
2001	21.747	772	558	8.430
2002	16.567	988	884	2.818
2003	18.783	408	580	3.032
2004	15.269	1.698	1.305	7.165
2005	12.779	989	1.090	7.165
2006	16.638	1.444	994	2.370
2007	23.239	1.246	1.407	2.730
2008	16.755	1.265	1.249	1.522
2009	22.423	1.095	1.448	698
2010	18.628	1.239	1.335	580
2011	15.656	1.156	663	450
2012	15.885	1.014	924	0
2013	11.111	1.313	463	30
2014	8.771	651	211	30
2015	5.035	551	71	0
2016	6.961	506	251	0
2017	8.836	353	147	0
2018	9.811	457	146	0
2019	12.100	454	23	0
2020	6.718	360	13	0
2021	5.902	285	45	0
2022	5.837	252	0	0
2023	n.e.	342	n.e.	n.e.



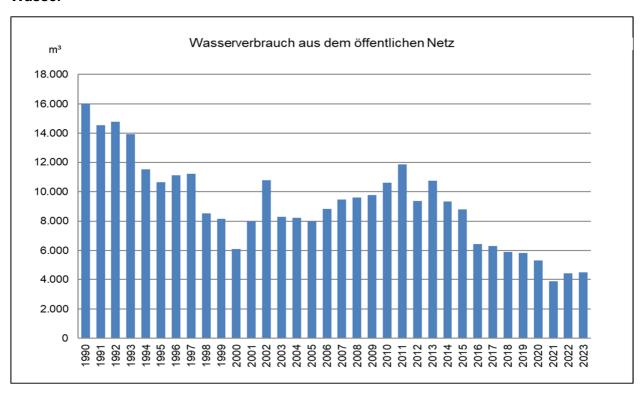
Betriebs- und Gefahrstoffe

Nach Umstellung der Hausdruckerei auf Laserdrucker und Abbau der mechanischen Druckmaschinen sowie Auflassung des Reprolabors kommen im Dienstgebäude mit Ausnahme des Heizöllagertanks für den Betrieb des Notstromaggregats nur noch wenige Gefahrstoffe vergleichsweise denen in regulären Haushalten zum Einsatz. Die Stoffe werden in geringen Mengen in der Haustechnik und der Hausreinigung verwendet.

Der Verbrauch bei den Reinigungsmitteln wird erfasst, doch verzichten wir auf Veröffentlichung der Mengen, da sich wegen unterschiedlicher Zubereitung und Konzentration eine Summendarstellung in Litern verbietet.

Veröffentlicht wird dagegen im Konto Energie als Betriebsstoff/Gefahrstoff der Heizölverbrauch für unser Notstromaggregat in Litern pro Jahr, der für den jährlichen Testbetrieb erforderlich ist.

Wasser



Der Wasserverbrauch aus dem öffentlichen Netz schwankt. Versuche, die Ursache einzelner Verbrauchsspitzen oder Entwicklungen zu klären, sind bislang gescheitert. Der Wasserverbrauch wird nicht nur durch die Nutzung der Sanitäranlagen, Teeküchen und den Kantinenbetrieb, sondern auch durch Bewässerung von Pflanzanlagen und temporär durch Baumaßnahmen beeinflusst. Durch Umstellung des Bewuchses in unseren Außenanlagen konnte der Bewässerungsbedarf reduziert werden, wodurch zumindest ein Teil des Verbrauchrückgangs im Jahr 2016 zu erklären ist. Der weitere Rückgang des Verbrauchs nach 2019 war durch Corona bedingt. Da mit den Corona-Regeln auch die Regelungen zum Homeoffice deutlich erweitert wurden und somit die Präsenz von Beschäftigten im Dienstgebäude gesunken ist, ist auch der Wasserverbrauch nach der Corona-Pandemie nicht wieder auf ein Vor-Corona-Niveau angestiegen. Die Bildung eines personenbezogenen Indexes bzw.

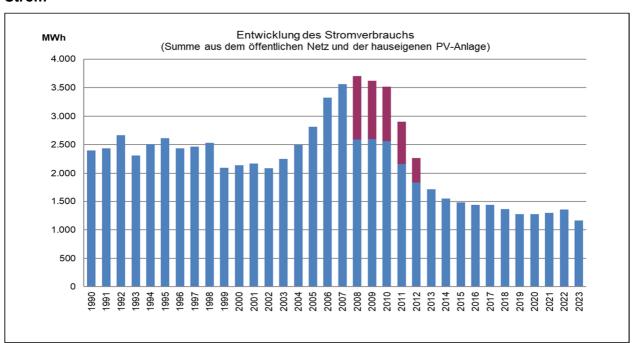
Indikators beim Wasserverbrauch ist nicht sinnvoll, da die tatsächliche Mitarbeiterpräsenz nicht erfasst wird.

Energie

In unserer Energiebilanz erfassen wir lediglich diejenigen Verbräuche, die wir direkt an unserem Standort bzw. über Tankkarten und Rechnungen ermitteln können. Dies sind der Treibstoffverbrauch für unsere Dienst-Kfz mit Verbrennungsmotoren, der Stromverbrauch der Dienst-Kfz mit Elektromotor soweit sie an den Ladestationen am Dienstgebäude aufgeladen werden und der Strom- und Wärmeenergieverbrauch für das Dienstgebäude. Hinzu kommt noch der Heizölverbrauch für unser Notstromaggregat.

Die Verbräuche anderer Verkehrsträger (Bahn, Flugzeug und Privat-PKW), die bei Dienst- und Fortbildungsreisen genutzt werden, und der Stromverbrauch von reinen Elektrofahrzeugen und Plug-In-Hybriden, der durch Ladestationen außerhalb unseres Dienstgeländes abgedeckt wird, können nicht gemessen werden, sondern fließen lediglich rechnerisch über abgerechnete Personen-Kilometer und fiktive Stromverbrauchsberechnungen in die CO₂-Bilanz mit ein. Dies gilt ebenso für sonstige Transportdienstleistungen. Im Folgenden stellen wir detailliert für den Energiebereich nur die Verbräuche an Strom und Wärme-/Heizenergie dar, bei denen es sich um tatsächlich über Zähler erfasste Daten handelt.

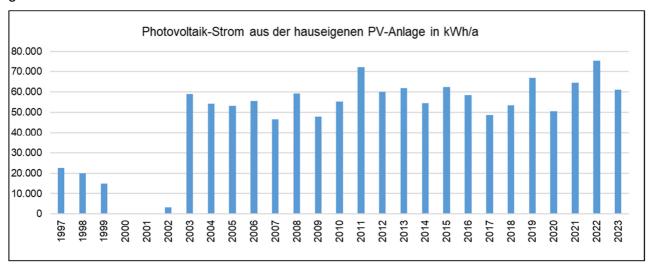
Strom



Ab 2004 war nach einer Stagnation des Stromverbrauchs ein starker Anstieg zu beobachten. Dieser Anstieg war zum größten Teil darauf zurückzuführen, dass seit 2004 in unserem Dienstgebäude ressortfremde Server aufgestellt wurden, die vom Rechenzentrum Süd (RZ Süd) betrieben wurden. Ihre Anzahl und damit der Stromverbrauch nahmen bis 2008 stetig zu. Durch Installation von Zwischenzählern konnten wir ab 2008 den Stromverbrauch des RZ separat erfassen und haben dies auch

grafisch im obigen Diagramm dargestellt (auberginefarbene Balkenabschnitte). Mit Umzug des RZ Süd in ein eigenes Dienstgebäude wurden die Server in unserem Dienstgebäude bis Ende 2012 Zug um Zug abgebaut. Wie die Verbrauchsgrafik zeigt, ist dementsprechend auch der Stromverbrauch zurückgegangen. Inzwischen ist mit einem Jahres-Stromverbrauch von rund 1.200 MWh ein Niveau erreicht, das ohne größere investive Maßnahmen kaum spürbar weiter reduziert werden kann. Trotzdem gilt es zu beachten, dass öffentliche Stellen auf Grund des Energieeffizienzgesetzes (EnEfG) Maßnahmen ergreifen müssen, damit bis 2045 jährlich Einsparungen beim Endenergieverbrauch in Höhe von 2 Prozent erreicht werden. Die Einsparverpflichtung gilt für den Gesamtenergieverbrauch, d.h. es bestehen grundsätzlich Spielräume, in welchen Energiebereichen die Einsparungen zu erbringen sind. Da die Einsparvorgaben aber sehr streng sind, versuchen wir, die Einsparvorgaben auf die einzelnen Energiebereiche zunächst gleichmäßig zu verteilen. Unser Ziel ist die Reduktion des Stromverbrauchs von 1162 MWh/a im Jahr 2023 bis auf 1055 MWh/a im Jahr 2026, d.h. um rund 6 %. Da an den Ladestationen des Hauses zunehmend mehr Strom für Elektromobilität abgegeben wird, ist dieses Ziel ist sehr anspruchsvoll.

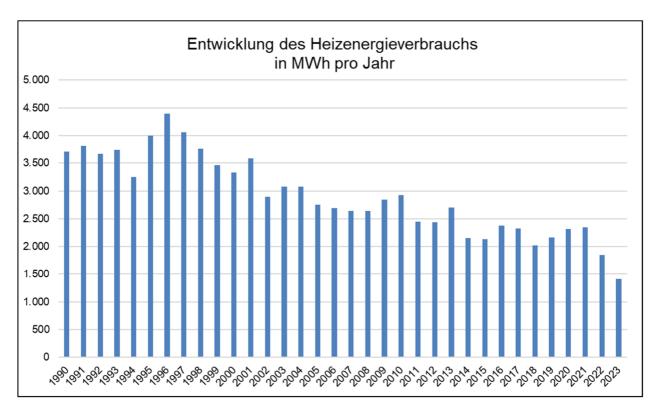
Über unsere hauseigene Photovoltaik-Anlage können rund 5% des gesamten Strombedarfs abgedeckt werden. Die Entwicklung der Erträge der PV-Anlage in kWh/a zeigt das nachstehende Diagramm.



In den Jahren 2000 bis 2002 wurde die alte PV-Anlage wegen Sanierungsarbeiten abgebaut und ab 2003 durch eine neue PV-Anlage ersetzt. Eine Erneuerung und Erweiterung der aktuellen PV-Anlage ist geplant, um den Anteil des PV-Stroms an unserer Stromversorgung weiter zu erhöhen.

Fernwärme zur Beheizung des Dienstgebäudes

Das Dienstgebäude wird über Fernwärme beheizt, die im nahe gelegenen Müllheizkraftwerk München-Nord erzeugt wird. Die dargestellten Verbrauchswerte sind nicht witterungsbereinigt, sondern entsprechen den echten Verbrauchswerten, die sich aus den Abrechnungen mit den Stadtwerken München ergeben.



Insgesamt ist ein deutlicher Rückgang des Wärmeenergieverbrauchs bis auf einen Wert von 1409 MWh im Jahr 2023 festzustellen. Dies ist auf mehrere umfangreiche Sanierungsmaßnahmen am Gebäude zurückzuführen. In den Jahren 2001 bis 2003 wurden das Gebäudedach und die Außenfassade saniert, 2009 und 2010 die Innenhoffassade. Zuletzt wurden in den Jahren 2019 bis 2021 die alten Fenster an der Außenfassade, die noch aus der Entstehungszeit des Gebäudes (1967) stammten, durch thermisch gedämmte neue dreifachverglaste Fensterelemente ersetzt. Aus den Einsparvorgaben des Energieeffizienzgesetzes (EnEfG) und den Zielvorstellungen des Bayerischen Klimaschutzgesetzes ergeben sich weitere Einsparverpflichtungen. Bei gleichmäßiger Aufteilung auf die verschiedenen Energiebereiche folgt aus dem EnEfG, dass der Wärmenergieverbrauch von 1409 MWh in 2023 um 89 MWh auf 1320 MWh im Jahr 2026 zu senken ist. Dieses Ziel ist äußerst engagiert, da sich die kostenintensiven Sanierungsmaßnahmen der letzten 20 Jahre bereits heizenergiesparend ausgewirkt haben und auf absehbare Zeit kaum weitere Haushaltsmittel für Sanierungsmaßnahmen in vergleichbarer Höhe zur Verfügung gestellt werden können.

Anteil an regenerativer Energie

Der Anteil der regenerativen Energie am Gesamtenergiebedarf (2570,8 MWh/a Summe aus dem Strom- und dem Heizenergieverbrauch ohne sonstige Energiebereiche wie z.B. Dienstreisen) errechnet sich für 2023 wie folgt:

Strom_{ges} 1.161,7 MWh (100% regenerativ), Fernwärme 1409,1 MWh (24,4% regenerativ) (1161,7 MWh+ 0,244 x 1409,1 MWh) / 2570,8 MWh = 0,586 => 58,6 %.

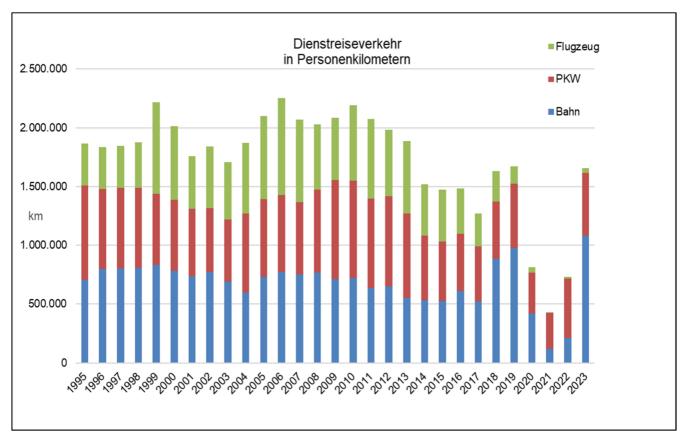
Abfälle

Das Abfallkommen hängt stark von Umzügen im Haus, von Aktenaussonderungsaktionen und dem Betrieb der Kantine ab. Ein Festlegen von Zielgrößen ist wegen dieser Abhängigkeiten nicht möglich. Wie nachstehende Tabelle zeigt, gehen die Abfallmengen in der Tendenz deutlich zurück.

Abfälle in Tonnen	Abfälle zur Verwertung	Hausmüllähnliche Gewerbeabfälle	Papier	Glas	Holz, Metall, Kunststoffe	Nicht mehr gebrauchsfähige Büromöbel und EDV-Geräte	Problem-bzw. Sonderabfälle	Leuchtstofflampen	Silberhaltige photographische Rückstände	Bio-Abfälle	Speiseabfälle	Fettabscheider	Abfälle zur Beseitigung	Restmüll (hausmüllähnlich)	nicht verwertbare Sonderabfälle	Gesamt in Tonnen (ohne Leuchtstofflampen)
Output 2005			82	2,7	7,7	12		1480 StK	0,1		28,6	60		39,9	0	233
Output 2006			92,8	3,9	7	8,3		0	0,04		26,6	60		37,5	0	236,1
Output 2007			61,7	4,7	6	4,2		1500 StK	0		22,2	60		29,5	0	188,3
Output 2008			62,7	5,7	5,8	3,4		0	0		19,7	60		36,2	0	193,5
Output 2009			61,8	6,6	6	5,4		1400 StK	0		23	60		31,4	0	195,6
Output 2010			61,3	8,7	5,5	4,2		0	0		25,6	60		31,7	0	197
Output 2011			54,7	5,1	5,5	4,4		0	0		27	60		34,1	0	190,8
Output 2010			61,3	8,7	5,5	4,2		0	0		25,6	60		31,7	0	197
Output 2011			54,7	5,1	5,5	4,4		0	0		27	60		34,1	0	190,8
Output 2012			47,6	6	5,4	4,3		0	0		32,8	60		24,4	0	180,5
Output 2013			45,97	8,1	5,7	3,5		1200 StK	0		33,24	60		18,94	0	175,5
Output 2014			44,14	6	2,7	4,9		1700 StK	0		32,04	60		22,96	0	172,7
Output 2015			24,42	7,9	1,7	5		0	0		34,72	60		20,2	0	153,9
Output 2016			24,96	8,91	1,45	3,9		0	0		34,38	60		19,96	0	153,6
Output 2017			30,4	11,22	0,98	3,8		0	0		34,8	60		20,78	0	162,0
Output 2018			41,8	13,8	3,9	4,3		2400 StK	0		34,1	60		22,84	0	180,7
Output 2019			20,6	12	4,1	4,7		700 Stk	0		33,4	60		17,6	0	152,4
Output 2020			14,41	13,53	3,63	9,9		0	0		28,3	60		14,48	0	144,3
Output 2021			12,99	15,6	1,32	7,7		0	0		13,2	60		15,6	0	126,4
Output 2022			15,26	15,6	2,2	13,6		0	0		16,2	60		18,2	0	141,1
Output 2023			13,67	15,6	2,75	13,16		0	0		23,52	60		15,24	0	143,9

Verkehr

Das Dienstreiseverkehrsaufkommen unterliegt deutlichen Schwankungen. Da das Dienstreiseaufkommen nur sehr begrenzt über EMAS gesteuert werden kann (z. B. temporäre Schwerpunktaufgaben mit dem Erfordernis von Ortspräsenz), enthalten unsere Umweltprogramme grundsätzlich keine
quantifizierten Aussagen zu den Dienstreisen. Steuerbar sind aber die Wahl der Verkehrsträger und
die Verbräuche bei den Dienst-Kfz (s. obenstehende Ausführungen zum Treibstoffverbrauch der
Dienst-Kfz). Zudem können moderne Kommunikationsmittel (internetgestützte Videokonferenzen)
vielfach Dienstreisen ersetzen.



Der extreme Rückgang beim Dienstreiseverkehr von 2019 auf 2020 und in der Folge bis 2022 ist eindeutig auf die Corona-Pandemie zurückzuführen und belegt, dass es wegen externer Einflüsse keinen Sinn macht, konkrete km-Zielzahlen zu entwickeln.

Positiv ist beim Dienstreiseverkehr anzumerken, dass bei der Nutzung der verschiedenen Verkehrsträger der Bahnanteil gegenüber dem Flugverkehr deutlich zugenommen hat. Hier kommt das StMUV-Motto "Zug vor Flug" voll zur Geltung.

Treibhausgas-Emissionen

Die Treibhausgas-Emissionen (THG-Emissionen) aus unserem Dienstbetrieb können nicht direkt gemessen werden, sondern werden auf Basis erfassbarer Größen (Jahreskilowattstunden, Personenkilometer, Mengenangaben) mit spezifischen Faktoren berechnet.

In den Jahren 1997 bis einschließlich 2017 haben wir bei den Berechnungen lediglich die Emissionen aus unserem Strom- und Heizenergieverbrauch sowie den Sektor der Dienst- und Fortbildungsreisen berücksichtigt. Ab 2018 wurden die zu berücksichtigenden Bereiche Zug um Zug erweitert. Insbesondere wurde zunächst zusätzlich der Papierverbrauch bei den THG-Berechnungen mitberücksichtigt.

Seit 2021 werden in einer deutlich erweiterten Systematik in Analogie zu den Scope-Betrachtungen nach dem Greenhouse Gas (GHG) Protocol nicht nur die direkten Emissionen, die sich aus dem direkten Einsatz von Brennstoffen (Notstromaggregat, Dienst-Pkw/Fuhrpark) und durch Klimaanlagen (Kühlmittelverluste) nach Scope 1 ergeben, sondern in Scope 2 auch indirekte Emissionen, die durch die Erzeugung von eingekaufter Energie (Strom, Wärme) entstehen, betrachtet und kommen in Scope 3 noch die indirekten Emissionen innerhalb der Wertschöpfungskette, d.h. vorgelagerte und nachgelagerte Emissionen u.a. aus Einkauf von Waren und Dienstleistungen, Anlagegütern, Bezug von Brennstoffen, Energie, Personalverkehr (Arbeitswege der Beschäftigten) hinzu. Bei der Bilanzierung des eingekauften Stroms wird der marktbasierte Ansatz herangezogen, d.h. Ökostrom wird als solcher gewertet und bei den Scope 2-Emissionen mit null angesetzt. Die Emissionen, die sich aus der Vorkette für die Stromerzeugung ergeben werden in Scope 3 angerechnet.

Infolge dieser Systemänderung ist es nicht mehr möglich die alten Diagramme zu der rechnerischen TGH-Emissionen, die wir in früheren Jahren veröffentlicht haben, fortzuschreiben. Stattdessen starten wir beginnend mit dem Basisjahr 2021 mit einem neuen Diagramm, basierend auf der Einteilung in die drei Scope-Ebenen, wobei die Veröffentlichung der Zahlenwerte aus den Berechnungstabellen erkennen lassen, was sich anteilig hinter den Scopes verbirgt.

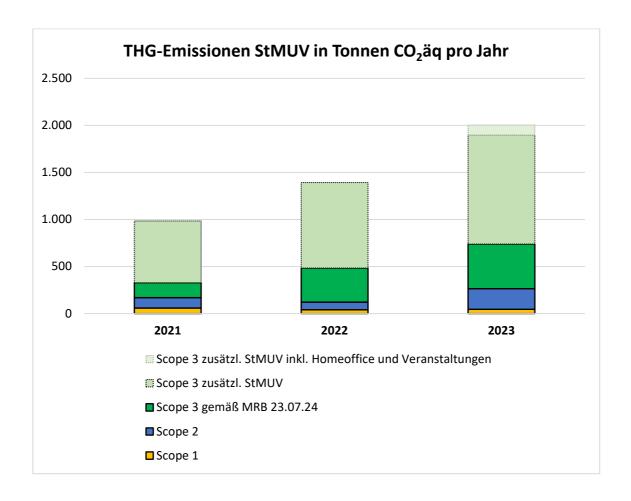
Der bayerische Ministerrat hat am 23. Juli 2024 beschlossen, dass zum Erreichen der Klimaneutralität der Staatsregierung alle Ministerien, folgende Emissionen

- Scope 1: direkte Emissionen von Fuhrpark, Kältemitteln, eigenen Energieerzeugungsanlagen
- Scope 2: indirekte Emissionen aus Strom- und Wärmebezug
- Scope 3: Emissionen aus folgenden fünf Quellen:
 - IT-Ausstattung
 - Vorkette Strom/Wärme
 - Dienstreisen
 - o Abfall
 - Papierverbrauch

zu melden und auszugleichen sind.

Uns wurde als registrierter EMAS-Behörde zugestanden, dass wir über die vorgenannten Bereiche hinaus für weitere Bereiche THG-Emissionen berechnen dürfen.

In der Grafik ersichtlich ist dies durch die zusätzlichen hellgrünen Balken, bei denen für 2021 und 2022 die Mitarbeiterwege von der Wohn- zur Arbeitsstätte und die Kantine und ab 2023 zusätzlich noch Berechnungen zu Veranstaltungen und zum Homeoffice angestellt wurden. Die niedrigeren Werte im Jahr 2021 lassen sich durch die pandemiebedingten Einschränkungen insbesondere bei der Mitarbeiteranreise (vermehrte Inanspruchnahme von Homeoffice) und den Dienstreisen erklären.



Klimabilanz* Bayerisches Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz	2021	2022	2023
Emissionsquelle	t CO₂äq	t CO₂äq	t CO₂äq
Scope 1			
Notstrom	6,23	1,8	4,6
Klimaanlagen	8,77	5,9	0,8
Fuhrpark	44,95	33,0	40,0
Summe Scope 1	59,95	40,7	45,3

Scope 2			
Wärme	109,6	82,0	210,2
Strom (marktbasiert)	0,0	0,0	0,0
Fuhrpark (Strom)	0,0	0,0	9,7
Summe Scope 2	109,6	82,0	219,9
Scope 3			
Vorkette Strom (marktbasiert)*	13,5	12,9	11,1
Vorkette Wärme*	20,5	15,3	49,0
Vorkette Eigene Energieerzeugung	3,0	3,5	2,9
Vorkette Notstrom	0,9	0,3	1,2
Vorkette Klimaanlagen	0,4	0,3	0,1
Strom (vermietete Gebäude / Gebäudeteile)	0,0	1,5	1,5
Wärme (vermietete Gebäude / Gebäudeteile)	0,0	7,7	18,7
Transportdienstleistungen	9,1	8,7	165,4
Arbeitsweg Mitarbeitende	522,0	710,4	734,3
Papierverbrauch (inkl. externer Druck)*	9,1	37,0	123,3
Tonerverbrauch	3,6	1,6	4,2
Büromöbel	11,4	3,3	9,6
IT-Ausstattung*	98,5	212,4	187,5
Weitere eingekaufte Produkte	11,7	6,1	13,1
Abfallentsorgung*	3,8	2,4	0,7
Wasserverbrauch/ -bereitstellung	0,5	0,7	0,6
Abwasserentsorgung	0,9	0,7	0,7
Homeoffice	n.a.	n.a.	14,2
Veranstaltungen	n.a.	n.a.	90,0
Kantine	35,9	44,8	70,8
Dienstreisen:	70,6	139,0	156,0
Vorkette Fuhrpark*	12,5	10,5	12,1
Flüge*	0,1	11,4	7,0
Miet- und Privatwagen	35,3	70,4	81,1
Bahn	2,4	1,6	2,1
Taxi	0,0	0,2	0,2
Hotelübernachtungen	20,2	44,9	53,4
Sicherheitsaufschlag 5 %*	-	60,4	82,7
SUMME Scope 3 gem. Ministerratsbeschluss 23.07.2024 (gekennzeichnet mit *)	158,0	362,3	473,4
Summe Scope 3	815,3	1.269,1	1.633,1
Scope 3 inkl. Homeoffice und Veranstaltungen	n.a.	n.a.	1.737,3
SUMME alle Scopes gem. Ministerratsbeschluss 23.07.2024 (gekennzeichnet mit *)	327,6	485,1	738,6
SUMME alle Scopes	984,9**	1.391,8	1.898,4
SUMME alle Scopes inkl. Homeoffice und Veranstaltungen	n.a.	n.a.	2.002,5
SUMME insgesamt inkl. Dienstwohnung Berlin	n.a.	1.393,5**	2.002,8

^{**}Die Werte weichen von Angaben in den UE 2021 und 2022 ab, da einige Emissionsfaktoren und Werte nachträglich korrigiert wurden.

Für 2018 wurden in der alten Berechnungssystematik 629 Tonnen CO_{2āq} berechnet, für 2019 587 Tonnen CO_{2āq} und für 2020 weitere 287 Tonnen CO_{2āq} und jeweils durch den Kauf von Zertifikaten klimaneutral gestellt. Nach der neuen Systematik ergaben sich für das Jahr 2021, bei der freiwilligen zusätzlichen Berücksichtigung der Emissionen aus den Arbeitswegen der Beschäftigten in einer Höhe von 522 Tonnen CO_{2āq} rechnerisch insgesamt 985 Tonnen CO_{2āq}. 2022 lagen die rechnerischen Gesamtemissionen bei einem Wert von insgesamt 1.392 Tonnen CO_{2āq}, wovon rechnerisch 710 Tonnen auf die Beschäftigtenwege entfielen. 2023 lagen die gesamten THG-Emissionen bei 1.898 bzw. 2.003 Tonnen CO_{2āq} (inkl. Homeoffice, Veranstaltungen und Dienstwohnung) und die Mitarbeiteranreise bei 734 Tonnen CO_{2āq}. Die Kompensation erfolgte für 2021 vollumfänglich und ab 2022 gemäß dem o.g. Ministerratsbeschluss vom 23.07.2024 über den Kauf von Zertifikaten mit Goldstandard, die anschließend stillgelegt wurden.

Biologische Vielfalt

Das Grundstück, auf dem sich unser Dienstgebäude befindet, ist wegen des großen Gebäudekomplexes, der oberirdischen Park- und Fahrflächen, der Unterkellerungen sowie der Tiefgarage relativ stark versiegelt und bietet nur sehr eingeschränkt Möglichkeiten zur Förderung der biologischen Vielfalt. Die gesamte Grundstücksfläche umfasst 13.205 m².

Von dieser Fläche waren 1997 oberirdisch 6.429 m² bebaut und 6.776 m² unbebaut.

Durch Erweiterung des Foyers mit vorgelagertem Brunnen, auskragende Glasüberdachung an der Ostseite des Dienstgebäudes und Anbau eines behindertengerechten Zugangs zum Kindergarten erhöhte sich die überbaute Fläche um rund 770 m² auf insgesamt 7.200 m².

Angesichts dieser Sachlage und der Tatsache, dass wegen Unterkellerung eine Entsiegelung von Teilflächen kaum sinnvoll und realisierbar ist, haben wir versucht ein System zur Bewertung von Grünflächen an unserem Standort zu entwickeln, mit dessen Hilfe Ziele und Maßnahmen zur Förderung der biologischen Vielfalt abgeleitet werden und quantifizierte Veränderungen nachgewiesen werden können.

In diesem System werden Flächen in Klasse A als "sehr naturnah/höherwertige Fläche", in Klasse B als "naturnah/hochwertige Fläche" oder C als "naturferne Fläche" eingestuft.

Jede einzelne Klasse besitzt einen Gewichtsfaktor: Die höchstwertige Klasse A den Faktor 6, die Klasse B den Faktor 3 und die geringstwertige Klasse C den Faktor 1.

Auf diese Weise lassen sich die Wertigkeiten der Flächen berechnen und jeweils ins Verhältnis setzen. Ermöglicht wird damit eine objektive Quantifizierung zur Darstellung des Bestands, zur Darstellung von Zielen, zur Bewertung von Maßnahmen und zur Kontrolle des Erreichten. Als Indikator wählen wir den Quotienten aus Summe der Flächen der Klassen A und B dividiert durch die Größe des gesamten Grundstücks. Die weitere Praxis wird zeigen, ob sich dieser Indikator bewährt und zu einem allgemeinen Vergleichsmaßstab wird.

	Bewertungssystem von Grünflächen am Standort des StMUV									
Klasse	Einstufung	Beschreibung	Gewichtung							
A	sehr naturnah / hö- herwertige Fläche	Vegetation ähnlich natürlicher Stand- orte. Keine Pflanzungen von Zierge- wächsen. Idealerweise struktur- und artenreiche Flächen. Heimische Pflanzen	6							
В	naturnah / hochwer- tige Fläche	Vegetation auch mit Ziergewächsen, vornehmlich heimische Pflanzen. Idealerweise strukturreiche Flächen. Extensiv gepflegte Flächen.	3							
С	naturferne Flächen	Intensiv gepflegte Flächen. Kleinst- flächen, struktur- und artenarme Flä- chen. Hauptsächlich Pflanzungen von Ziergewächsen	1							

Im vergangenen Jahr 2023 ergab sich in der Flächenbilanz bei den naturnahen Flächen keine Veränderung, wenngleich mehrere Maßnahmen des Grobkonzepts zur Förderung der biologischen Vielfalt umgesetzt wurden. So wurden auf der Teilfläche A11 zwei Totholzhabitate (inkl. Benjes Hecke für Holzschnitt), ein Erdhaufen sowie zwei Mieten zur Kompostierung von Grünschnitt angelegt, Informationstafeln zu Lebensräumen Totholz und Boden aufgestellt und einzelne heimische Stauden angepflanzt. Auf der Fläche A15 finden sich nun Informationstafeln zum Lebensraum Blumenwiese.

3.2.4 Kennzahlen und Kernindikatoren im Jahresvergleich 2022 zu 2023

Kennzahlen und Kernindikato-	2022 absolut	2022 relativ	2023 absolut	2023 relativ	
(Vergleich 2022 und 2023)	absolut	643 P, 545 MA 31.559 m ² NGF	absolut	665 P, 558 MA 31.559 m ² NGF	
Elektroenergieverbrauch	1.359 MWh	2.114 kWh/P	1.162 MWh	1.747 kWh/P	
Heizenergieverbrauch (TG nicht beheizt)	1,849 MWh	58,6 kWh/m²	1.409 MWh	45 kWh/m²	
Wasserverbrauch aus dem Trink- wassernetz	4.433 m³*	6,9 m³/P a*	4.494 m³*	6,8 m³/P a*	
Papierverbrauch gesamt (inkl. extern gedruckter Veröffentlichungen)	23 t	**	51 t	**	
Anteil Recyclingpapier (aus 100 % Altpapier) beim Büropapier		99,3 %		99,5 %	
Kopier-/Büropapierverbrauch (ohne Papier für intern und extern gedruckte Veröffentlichungen)	6,644 kg	12,2 kg/MA 6.536 kg		11,7 kg/MA	
Abfallaufkommen gesamt	141 t***	219 kg/P a***	144 t***	212 kg/P a***	
Abfallarten in %					
Papier		11 %		9 %	
Bio-Abfälle (Speisereste und Fettabscheider)		54 %		58 %	
Restmüll		13 %		11 %	
Sonstige Wertstoffe		22 %		22 %	
Gefährliche Abfälle		0 %		0 %	
Geschäftsverkehr (DR)	733.256 km*	1.345 km/MA*	1.653.457 km*	2.963 km/MA*	
Verkehrsträger bei Dienstreisen (D	R) in %				
Bahn		29 %		65 %	
Flugzeug		2 %		2 %	
PKW		61 %		32 %	
Durchschnittlicher Kraftstoffver- brauch der Dienst-Pkw-Flotte (nur auf Pkw mit Verbrennungsmotoran- trieb bezogen)		Statistik einge- stellt		Statistik einge- stellt	
CO ₂ -Emissionen (aus Strom- und Fernwärmeerzeugung, Dienstreiseverkehr und Papier, ab 2021 zusätzliche Bereiche und Scope 3 ****) Das Dienstgebäude nutzen neben dem	1.269 t CO ₂ ****	2,3 CO ₂ /MA a	1.633 t CO ₂ ****	2,9 t CO ₂ /MA a	

Das Dienstgebäude nutzen neben dem StMUV, der Bayerische Naturschutzfonds, eine städtische Kindertagesstätte und eine Kantine. Zudem sind seit 2019 Beschäftigte des Kultusministeriums im Dienstgebäude mit untergebracht (P = Personen im Dienstgebäude MA = Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Ministeriums). Bei den Personen- und Mitarbeiterzahlen handelt es sich um rechnerische Jahresmittelwerte, die maximal dem Standort zuzurechnen sind, die aber keine Rückschlüsse auf die tatsächliche Präsenz zulassen.

NGF = Fläche des Dienstgebäudes ohne die Tiefgarage, da diese nicht beheizt wird

Der Anteil der Energie aus regenerativen Energiequellen lag 2023 beim Strom bei 100 % und bei der Heizenergie bei 24,4 % (Wert der SWM für 2023 für Fernwärme), damit beim Gesamtverbrauch von Strom und Wärme bei 58,6 %.

^{*}Die Zahlenwerte sind durch Corona-Pandemie stark beeinflusst. **Auf die Bildung einer mitarbeiterbezogenen Kennzahl wird verzichtet. *** Abfall-Zahlenwerte beinhalten rund 83,5 Tonnen Abfälle, die durch den Kantinenbetrieb verursacht sind (inkl. Fettabscheiderinhalt). **** ab 2021 erweiterte Systematik

3.2.5 Umweltbilanz 2023

Nr.	Input/Output Kontenbezeichnung	Einheit	Bestand 31.12.2022	Input 2023	Output 2023	Bestand 31.12.2023				
1.	Anlagegüter									
1.1	Grundstücke und Bauten									
	Grundstück	m²	13.205	0	0	13.205				
	Nettogrundfläche Dienstgebäude	m²	31.559	0	0	31.559				
	Nettogrundfläche Tiefgarage	m²	7.254	0	0	7.254				
	Bruttorauminhalt Dienstgebäude	m³	124.113	0	0	124.113				
	Bruttorauminhalt Tiefgarage	m³	25.326	0	0	25.326				
	Naturnahe Flächen	m²	5.273	0	0	5.273				
1.2	Gebäudeanlagen	Stück	212*	24	17	219				
1.3	Technische Anlagen und Maschine	n								
1.3.1	DV-Anlagen	Stück	2.792	463	72	3.183				
1.3.2	Büromaschinen, Telekommuni- kation	Stück	2.716	10	2	2.724				
1.3.3	Sonst. technische Einrichtungen	Stück	258	0	0	258				
1.3.4	Fuhrpark	Stück	15	9	9	15				
2.	Umlaufgüter									
2.1	Papier									
2.1.1	Büropapier**	t	6,9	9,7	11,3	5,4				
3.	Wasser / Abwasser									
3.1	Trinkwasser/Abwasser	m³		4.494	4.494					
3.2	Kühlwasser mit Versickerung	m³		593.491	593.491					
4.	Energie/Abwärme									
4.1	Strom***	MWh		1.162						
4.2	Fernwärme	MWh		1.409						
4.4	Treibstoffe****	I		****						
4.5	Sonnenenergie (Strom)	MWh		61						
5.	Abfälle gesamt	t			144					

^{*}inklusive Stromladestationen

^{**}inklusive Umschläge etc.

***inklusive Strom aus eigener Photovoltaikanlage

**** Wegen Umstellung der unterschiedlichen Antriebsarten wurde die Treibstoffstatistik in Litern eingestellt. Der gemessene Treibstoffverbrauch wird jedoch bei der Berechnung der CO₂-Emissionen und der Klimaneutralstellung berücksichtigt.

3.2.6 Umweltprogramm 2024 (Bereich Dienstbetrieb und Dienstgebäude)

Zur Verbesserung der direkten Umweltauswirkungen und zur Reduktion unserer klimaschädlichen Treibhausgase aus unserem Verwaltungsbetrieb setzen wir uns in nachstehendem Umweltprogramm für die Jahre 2024, 2025 und 2026 folgende Ziele und unterlegen diese mit Maßnahmen zur Zielerreichung.

Nr.	Ziele	Maßnahmen z. B.	Termin	Verantwortlich für Umset-
				zung
1	Beibehalten von Ökostrom	Bei Ausschreibung von Strombezug ist eine zwingende Vorgabe "Ökostrom mit "0" g CO ₂ pro kWh	Abhängig von den Vertragslaufzeiten	Referat 17
2	Reduzierung des Stromverbrauchs von 1162 MWh/a im Jahr 2023 auf 1055 MWh/a im Jahr 2026	Verzicht der Anschaffung von neuen Gerätschaften mit hohem Energiebedarf	2024-2026	Alle Beschäftigten sowie Referat 17soweit es um den Betrieb und die Optimierung der technischen Anlagen geht
		Weitere Reduzierung dezentraler Arbeits- platzdrucker durch Rückgabe und Einsam- meln	2024-2026	Alle Beschäftigte, die dezent- rale Drucker noch nutzen und Referat 16
		Vorbereitende Maßnahmen zur Einführung eines Energiemanagements, insbesondere Erhebung der Energieflüsse und Verbrau- cher im Dienstgebäude; dabei auch Reduk- tion der TG-Belüftung und Klimatisierung der Konferenzräume überprüfen	2024, 2025	Referat 17 mit Klima-Team
		Vermeiden von hohen Stromverbräuchen durch Kühlungsmaßnahmen während Hitzeperioden; keine Kühlung unter 26 Grad; Schaffen anderweitiger Entlastungen wie z.B. Arbeitszeitregelungen oder Bereitstellung anderer Räume oder Verschattungseinrichtungen	2024-2026 während Hitzeperioden	Referat 17
		Monatliche Erfassung der Stromabgabe über die Elektroladestationen mit Auswer- tung	laufend	Referat 17
		Erneuerung und Erweiterung der hauseige- nen PV-Anlage soweit mit anderen bauli- chen Maßnahmen kompatibel	Bis 2026	Referat 17
		Beschaffung eines biologischen Schnell- komposters (zur Reduktion des Stromver- brauchs bei der Kühlung von Bioabfällen)	2025	Referat 17
3	Begrenzung des Treibstoffverbrauchs und der THG-Emissio- nen bei Dienst- und Fortbildungsfahrten	Miete, Leasing und Kauf von Fahrzeugen mit geringem Treibstoffverbrauch sowie ge- ringen Emissionen	laufend	Referat 17
		Vorrangige Verwendung Öffentlicher Ver- kehrsmittel und Nutzung von Dienstfahrrä- dern (bei gleichen Fahrzielen prüfen, ob Fahrgemeinschaften mit Pkw evtl. ökolo- gisch günstiger)	laufend	alle Beschäftigten
		Verbrauchsoptimierte energiesparende Fahrweise (nach Möglichkeit unter 130 km/h); ausreichende Zeitpuffer vorsehen	laufend	alle dienstlichen Fahrer und Be- schäftigten
		Ggf. Beschränkung der Dienstfahrten, wenn Stromsparziel gefährdet würde	Bei Bedarf	Referat 17 in Abstimmung mit den Abteilungen und Bedarfsträgern
		Schulung der Fahrer zur Reduktion des Treibstoffverbrauchs	Bei Bedarf	Referat 17 bzw. bei theoretischen Schulungen auch Ref. 11
		Vorrang Zug vor Flug	laufend	alle Beschäftigten
		Ersatz von Reisen durch Videokonferenzen und -besprechungen	laufend	alle Beschäftigten
4	Verbesserung der Energieeffizienz und Reduzierung des	Optimierung der Nutzung von vorhandenen Räumen (Vermeiden von geheiztem Leer- stand)	laufend	Referat 17 und alle Beschäftig- ten
	Wärme-/Heizenergie- bedarfs für das Dienstgebäude von	Regelmäßige energetische Begehung der Liegenschaft mit Überprüfung der Raum- temperaturen	quartalsweise	Referat 17
	1409 MWh/a im Jahr 2023 auf 1320 MWh/a	Begrenzung der Raumtemperatur in	Während der	Alle Beschäftigten und Referat
	im Jahr 2026	Heizperioden auf maximal 20 Grad Vorbereitende Arbeiten für ein Energiema- nagement und Schaffung eines Sanierungs- plans zur Gebäudeoptimierung	Heizperioden 2024-2026	17 Referat 17

Nr.	Ziele	Maßnahmen z. B.	Termin	Verantwortlich für Umsetzung
5	Halten des Papierver- brauchs für Bürozwe- cke	Nutzung der Möglichkeiten der elektronischen Akte und des elektronischen Geschäftsgangs	laufend	Alle Beschäftigten
	auf unter 11 kg/MA a	Verzicht des Komplettausdrucks von um- fangreichen Anlagen	laufend	Alle Beschäftigten
6	Begrenzung des Pa- pierverbrauchs für Publikationen	Bedarfsermittlung: - Notwendigkeit einer Publikation - Notwendigkeit des Drucks - Prüfung der Auflagenhöhe aufgrund Verteilpotenzial	laufend	ÖR
		Möglichkeit alternativer Veröffent- lichungsformen (z. B. Postkarte oder Flyer) Beratung bei der Festlegung der Auflagen- stärke von Veröffentlichungen sowie statisti- sche Erfassung der Mengen mit Abschät- zung der Mengenentwicklung bei Druckauf- trägen		
		Beobachtung der Bestellmengen auch un- terjährig mit Warnmeldung und Gegensteu- ern vor Erreichen einer zielgefährdenden Menge	laufend	ÖR
7	Halten des Anteils des Recyclingpapiers auf über 99 %	Weitgehende Verwendung von Recycling- papier, das zu 100% aus Altpapier herge- stellt wird, auch bei Farbausdrucken und Farbkopien	laufend	Alle Beschäftigten
8	Förderung der biolo- gischen Vielfalt am Standort und Dienst- gebäude	Umsetzung des Konzepts zur Förderung der biologischen Vielfalt am Standort durch Umsetzung der Teilmaßnahmen und Entwi- ckeln zusätzlicher Maßnahmen mit Doku- mentation	2024-2026	Referat 17 mit fachlicher Unterstützung von Abt. 6
9	Einsparung von THG- Emissionen im Zu- sammenhang mit den Pendlerwegen der Be- schäftigten zwischen	Nutzen möglichst energie- und emissionsar- mer Verkehrsmittel zwischen Wohn- und Arbeitsstätte soweit dies aus terminlichen und privaten Gründen und aufgrund ande- rer Voraussetzungen möglich ist	laufend	Alle Beschäftigten
	Wohn- und Arbeits- stätte. (Quantifizierung ist	Aufnahme der klimafreundlichen Mobilitäts- angebote in Begrüßungsmappe für neue Beschäftigte	2024	Referat 17
	wegen eingeschränk- ter Steuerbarkeit nicht möglich.)	Priorisierung bei der Nutzung der Tiefgara- genstellplätze z.B. Plätze für Fahrgemein- schaften ausweisen	2025	Referat 17
		Informationsseite zur Mobilität am StMUV im Intranet	2024	Referat 17
10	Einsparung von THG- Emissionen in der Kantine. (Quantifizie- rung ist wegen einge- schränkter Steuerbar-	Angebot und Nutzung von Fleischalternativen (mit günstigerer THG-Bilanz) regionalen und saisonalen Produkten (mit günstigerer THG-Bilanz)	laufend	Alle Beschäftigte und Referat 17
	keit nicht möglich.)	Information und Veranstaltungen für die Beschäftigten	Wiederkehrend	Referat 17 mit Klimamanagerin
11	Begrenzung der THG- Emissionen bei Ver- anstaltungen (Quantifizierung einer Zielvorgabe ist nicht möglich)	Optimierung bei der Wahl des Veranstaltungsortes (hinsichtlich THG-Bilanz und Erreichbarkeit); Abschätzung der THG-Emissionen bei Veranstaltungen mit über 20 externen Teilnehmern bzw. 1 Gast, der mit dem Flugzeug anreist Handreichung für nachhaltige Veranstaltungen		ÖR/MR mit Klimamanagerin, Fachabteilungen, die Bespre- chungen und Veranstaltungen organisieren, sowie Teilnehmer an Veranstaltungen
12	Begrenzung der THG- Emissionen der Kälte- mittel von den Klima- anlagen	Austausch Kältemittel mit hoher Klimarelevanz (GWP: global warming potential)	laufend	Referat 17

4 Das Umweltmanagementsystem (UmS) des StMUV

4.1 Organisationsgrundsatz für das UmS

Unser Umweltmanagementsystem (UmS), das gleichzeitig ein Klima- und Energiemanagementsystem mit umfasst, basiert auf dem Grundgedanken, dass Aufgaben, Verantwortlichkeiten und Prozessabläufe sich weitgehend vorhandener Strukturen (vorrangig Geschäftsverteilungsplan und Organigramm) bedienen sollen. Dies ist ein Gebot der Wirtschaftlichkeit und hat den Vorzug, dass bei organisatorischen und personellen Änderungen i.d.R. keine Änderung der Systemelemente und -beschreibungen erforderlich ist. Unser EMAS ist damit in der Gesamtorganisation des Ministeriums voll integriert.

4.2 Systemelemente des UmS

Für die einzelnen Systemelemente unseres UmS sind folgende Verantwortlichkeiten festgelegt:

UmS-Element	Verantwortung
Umweltpolitik (Umweltleitlinien)	Staatsminister
Umweltmanagement (Umweltmanagementvertreter)	Amtschef
Pflege und Dokumentation des UmS	Umweltmanagementbeauftragter
	mit Leiterin des Klima-Teams
Teilaufgaben im Umweltmanagementsystem	Verantwortliche nach Matrix im Umweltma-
	nagement-Handbuch (UmHB)
Umweltbetriebsprüfung	Umweltmanagementbeauftragter
Umwelterklärung	Staatsminister

4.3 Beschreibung von Aufgaben und Prozessen in den Systemelementen

Umweltpolitik

Die Umweltpolitik i.S. von EMAS umfasst die umweltbezogenen Gesamtziele und Handlungsgrundsätze des StMUV, einschließlich der Einhaltung aller einschlägigen Umweltvorschriften und der Verpflichtung zur kontinuierlichen Verbesserung der Umweltleistung. Eine aktuelle Formulierung unserer Umweltpolitik findet sich in Kapitel 2.

Umweltziele, umweltschutzfachliche Programme und Strategien

Die Umweltpolitik mündet u.a. in der Festlegung von Umweltzielen, die bezogen auf den strategischpolitischen Bereich durch konkrete Maßnahme in fachspezifischen Sonderprogrammen wie dem Umweltpakt Bayern sowie in der Bayerischen Nachhaltigkeitsstrategie unterlegt sind, und im Bereich des operationellen Umweltschutzes im Umweltprogramm der Umwelterklärungen ihren Niederschlag finden.

Umweltmanagementvertreter

Der Umweltmanagementvertreter (Amtschef) vertritt das Umweltmanagementsystem (UmS) nach außen. Operationelle Teilaufgaben innerhalb des Systems sind entsprechend einer Verantwortungsmatrix im Umweltmanagement-Handbuch (UmHB) zugeordnet.

Ausgewählte operative Teilaufgaben im UmS

Koordinierung, Controlling und Ansprechpartner

Die Erledigung von Teilaufgaben aus dem UmS, wie beispielsweise die regelmäßige Datenerhebung, Datenbewertung, das Ziehen von Schlussfolgerungen aus den Daten, das Fertigen von Berichten, die Durchführung von internen und externen Prüfungen (Audits), der Entwurf von Programmen und Bilanzen erfordert eine Koordination und ein Controlling. Der Umweltmanagementbeauftrage (UmB) ist zuständig für die oberste Ebene der Koordination. Er erstellt Zeitpläne und überwacht die Einhaltung der Zeitpläne. Bei der Umsetzung wird er durch ein EMAS-Team unterstützt, das von ihm geleitet wird. Das EMAS-Team besteht aus dem Vertreter für den "strategisch-politischen Umweltschutz", der Vertreterin für den "operationellen Umweltschutz" (Leiterin des Klimateams), dem Vertreter für die "Fortbildung", dem Vertreter für die "Biologische Vielfalt" sowie Vertreterinnen des Personalrats.

Der Vertreter für den "strategisch-politischen Umweltschutz" stimmt die EMAS-Inhalte mit den wesentlichen Strategien und Programme ab und fordert zur exemplarischen Darstellung von Schwerpunktaufgaben aus dem politisch strategischen Bereich Beiträge aus Fachabteilungen an.

Die Vertreterin operationeller Umweltschutz im StMUV (Leiterin des Klima-Teams) bündelt die Aktivitäten im Bereich des operationellen Umwelt- und Klimaschutzes im StMUV. Hierzu gehören insbesondere:

- o Leitung des Klimateams mit Erstellen von Zeitplänen
- Datensammlung und Bewertung für die jährlichen Bilanzen in den Einzelkonten
- Entwickeln von Vorschlägen für Umweltprogramme (UP)
- Controlling der Einhaltung der Maßnahmen im UP
- Ansprechpartnerin für Verbesserungsvorschläge und Beschwerden bzgl. des operationellen Bereichs

Fachaufgaben im Bereich der strategisch-politischen Umweltaspekte (Umweltauswirkungen bezogen auf den Organisationszweck)

Im Bereich der indirekten Umweltauswirkungen aus den fachlichen Aufgaben (Tätigkeiten des StMUV) werden die Aufgaben eigenverantwortlich von den Fachreferaten in den Fachabteilungen erledigt.

Die indirekten Umweltauswirkungen des StMUV sind eng mit der Tätigkeit ressortexterner Akteure verknüpft, so dass positive indirekte Umweltauswirkungen des StMUV oft nur im Benehmen mit anderen Ressorts, Kommunen oder Partnern aus den gesellschaftlichen Gruppierungen erreicht werden können. Die Ressorts sind daher auch regelmäßig bei der Formulierung konkreter umweltpolitischer Ziele beteiligt und eingebunden.

Fachaufgaben im Bereich der operationellen Umweltaspekte (Umweltauswirkungen bezogen auf den Dienstbetrieb)

Das Umweltmanagement im Bereich des operationellen Umweltschutzes bezieht sich auf den Dienstbetrieb, das Dienstgebäude sowie die durch Dienst- und Fortbildungsreisen und den Weg zur Arbeit. Dies betrifft vorrangig den Aufgabenbereich der Abteilung 1 "Zentrale Aufgaben und Dienstleistungen, Recht" aber auch sämtliche Beschäftigte als Nutzer von Dienstgebäude, Gebäudeeinrichtungen und Dienstreisende. In diesem Bereich werden in Anlehnung an unsere erste Umwelterklärung von 1997 folgende Konten betreut: Anlagegüter (Grundstücke und Bauten, Gebäudeanlagen), Technische Anlagen und Maschinen, Betriebs- und Geräteausstattung, Umlaufgüter (Papier, Büroartikel, Betriebsstoffe), Wasser und Abwasser (Trinkwasser, Kühlwasser, Abwasser), Energie (Strom, Fernwärme, Heizöl, Treibstoffe, Sonnenenergie), Abfälle und Verkehr (Dienst- und Fortbildungsreisen).

Darüber hinaus werden auch die umweltrelevanten Aufgabenbereiche Arbeitssicherheit und Lärmschutz, Gefahrstoffe und Unfallfolgen in der Abteilung 1 wahrgenommen soweit sie das Dienstgebäude oder den Dienstbetrieb am Rosenkavalierplatz betreffen.

Kontenübergreifend ergeben sich aus dem UmS folgende einheitlichen Aufgabenbereiche:

- Beschaffung
- Wartung und Bestandsverwaltung
- Entsorgung

Bei der Ausübung dieser Tätigkeiten werden einheitlich folgende Grundsätze beachtet:

Beschaffung

Vor der Beschaffung steht die Bedarfsprüfung. Ist diese positiv abgeschlossen, erfolgt eine ökologische Bewertung unterschiedlicher Produkte und Güter. Grundsätzlich bevorzugt das StMUV Produkte aus Recyclingmaterialien oder nachwachsenden Rohstoffen, die umweltverträglich hergestellt

wurden. Sie sollen sich zudem durch Langlebigkeit, Reparatur- und Wartungsfreundlichkeit und Wiederverwendbarkeit auszeichnen. Bei der Beschaffungspraxis orientieren sich die Beschaffungsstellen unter anderem an den "Umweltrichtlinien Öffentliches Auftragswesen" des StMWi, am "Handbuch Umweltfreundliche Beschaffung" des Umweltbundesamtes, am Leitfaden des LfU "Umwelt und Klimaschutz in Behörden" sowie Marktbeobachtungen der Beschaffer hinsichtlich der Umwelteigenschaften von Produkten.

Alle Beschaffer sollen auf die Produzenten und Lieferanten hinsichtlich ihres Umweltverhaltens einwirken.

Wartung und Bestandsverwaltung

Schon bei Auswahl von Produkten oder Planung von baulichen Maßnahmen sind die Gesichtspunkte der späteren Wartung zu berücksichtigen. Insofern ist enge Abstimmung der Beschaffer mit den für die Wartung beauftragten Beschäftigten notwendig. Für hochwertige Wirtschaftsgüter ist neben der Inventarisierung (aus den haushaltrechtlichen Vorgaben) das Erstellen von Wartungsplänen erforderlich. Zur Bestandsverwaltung werden unterschiedliche Systeme eingesetzt. In den Wartungs- und Betriebsanweisungen sind auch die Gesichtspunkte des Arbeits- und Unfallschutzes zu berücksichtigen. Bei Vergabe von Wartungsarbeiten an Dritte, ist dafür Sorge zu tragen, dass diese sich umweltgerecht verhalten (insbesondere bzgl. der Art und Menge der eingesetzten Stoffe, der Wiederverwendung und Entsorgung von Anlagenteilen, der Entsorgung von Verpackungsmaterialen). Zu den Wartungsarbeiten am Dienstgebäude gehört auch die Reinigung des Dienstgebäudes, die an Dritte vergeben ist.

Entsorgung

Oberstes Ziel des Abfallwirtschaftskonzepts ist es, Abfälle möglichst zu vermeiden. Ist dies nicht möglich, sorgen das StMUV mit seinen Mitarbeitern für eine umweltverträgliche Verwertung oder Beseitigung der entstehenden Abfälle. Im Bereich des allgemeinen Dienstbetriebs tragen hierzu alle Beschäftigten durch folgende Maßnahmen bei: Sorgsamer Umgang mit Büroeinrichtungen und Gerätschaften, sparsamer Umgang mit Papier, Trennung von Altpapier von sonstigen Abfällen in den Büros. Abfalltrennung bei Nutzung der Abfallbehälter in den Teeküchen. Gesonderte Anforderungen bezogen auf die einzelnen Konten finden sich in der Anlage zum UmHB.

Rechtskonformität

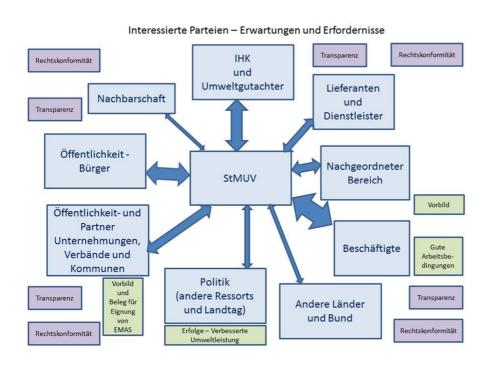
Ein wesentliches Ziel von EMAS besteht in der "Sicherstellung der Rechtskonformität" der teilnehmenden Organisation. Das StMUV führt für seinen Standort ein Verzeichnis, in dem die umweltrelevanten Rechtsvorschriften enthalten sind. Die Verantwortung zur Einhaltung und Umsetzung der standort- und dienstgebäudespezifischen Vorschriften obliegt den Organisationseinheiten, die nach Geschäftsverteilungsplan mit den einschlägigen Aufgaben betraut sind.

Umweltbetriebsprüfung

Die Umweltbetriebsprüfung umfasst die regelmäßige Überprüfung der Aufgabenwahrnehmung, Systembeschreibungen und Systemelemente zunächst durch interne Prüfer (interne Auditoren) und anschließend durch einen externen Umweltgutachter. Der UmB trifft in Absprache mit dem EMASTeam die Festlegungen zur Umweltbetriebsprüfung, stellt jährlich einen Zeit- und Arbeitsplan auf. Der UmB fertigt mit Unterstützung des EMAS-Teams einen Prüfbericht über die internen Audits und legt diesen zur Kenntnisnahme und Entscheidung dem Umweltmanagementvertreter (Amtsleiter) vor. Der externe Umweltgutachter erhält den Prüfbericht zu den internen Audits, führt stichprobenweise Prüfungen vor Ort und Gespräche mit Verantwortlichen im UmS durch und fasst seine Ergebnisse in einem Gutachterbericht zusammen.

Kontext (Interessierte Parteien/Gruppen, Stakeholder)

Das StMUV hat aufgrund seiner Tätigkeiten eine besondere Öffentlichkeitsaufmerksamkeit und Vorbildfunktion. Daher ermitteln wir jedes Jahr alle interessierten und beteiligten Parteien und bewerten die Intensität unserer Verbindungen. Die wesentlichen Beziehungen werden in einer separaten "Stakeholder-Landkarte" abgebildet. Die Landkarte ist Anlage zum Umweltmanagement-Handbuch (UmHB), steht dem Umweltgutachter und allen Beschäftigten zu Verfügung, wird aber in der Umwelterklärung nachstehend nur als Auszug und vereinfachtes Schema dargestellt.



Risiken- und Chancenmanagement

Das StMUV ermittelt entsprechend Anhang I Nr. der VERORDNUNG (EU) 2017/1505 7 im Rahmen des betrieblichen Risikomanagements die Risiken und Chancen.

Die Risiko- und Chancen-Tabellen haben internen Charakter, sind Bestandteil des jährlich fortzuschreibenden UmHB, dienen primär der Amtsleitung und stehen allen Beschäftigten sowie dem Umweltgutachter zur Verfügung. Da es sich beim StMUV um eine Behörde und nicht um einen Wirtschaftsbetrieb handelt, werden die Risiken und Chancen in der Umwelterklärung nicht veröffentlicht

Gültigkeitserklärung

Erklärung des Umweltgutachters zu den Begutachtungs- und Validierungstätigkeiten

Der

Umweltgutachter
Dipl.-Ing. Henning von Knobelsdorff
Mozartstraße 44
53115 Bonn

hat das Umweltmanagement-System, die Umweltleistungen, die Umweltbetriebsprüfung und ihre Ergebnisse sowie die konsolidierte Umwelterklärung der obersten Landesbehörde

Bayerisches Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz StMUV

Rosenkavalierplatz 2 81925 München

Registriernummer: DE-155-00237

mit dem NACE Code 84.1 "Öffentliche Verwaltung" auf Übereinstimmung mit der Verordnung ((EG) 1221/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. November 2009 über die freiwillige Beteiligung von Organisationen an einem Gemeinschaftssystem für das Umweltmanagement und die Umweltbetriebsprüfung (EMAS III) mit den Ergänzungen VO (EU) 2017/1505 und VO (EU) 2018/2026 geprüft und die vorliegende Umwelterklärung für gültig erklärt.

Mit der Unterzeichnung dieser Erklärung wird bestätigt, dass

- die Begutachtung und Validierung in voller Übereinstimmung mit den Anforderungen der Verordnung (EG) 1221/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. November 2009 über die freiwillige Beteiligung von Organisationen an einem Gemeinschaftssystem für das Umweltmanagement und die Umweltbetriebsprüfung (EMAS III) mit den Ergänzungen VO (EU) 2017/1505 und VO (EU) 2018/2026 durchgeführt wurden,
 - das Ergebnis der Begutachtung und Validierung bestätigt, dass keine Belege für die Nichteinhaltung der geltenden Umweltvorschriften vorliegen,
- die Daten und Angaben der konsolidierten Umwelterklärung des o.b. Standortes mit 535 Mitarbeitern im begutachteten Bereich, ein verlässliches, glaubhaftes und wahrheitsgetreues Bild sämtlicher Tätigkeiten des Standortes innerhalb des in der Umwelterklärung angegebenen Bereiches geben.

Die nächste konsolidierte Umwelterklärung wird der Registrierstelle spätestens bis 12. Dezember 2027 vorgelegt.

Diese Erklärung kann nicht mit einer EMAS-Registrierung gleichgesetzt werden. Die EMAS-Registrierung kann nur durch eine zuständige Stelle gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1221/2009 erfolgen. Diese Erklärung darf nicht als eigenständige Grundlage für die Unterrichtung der Öffentlichkeit verwendet werden.

München, den 19. Dezember 2024

Henning von Knobelsdorff Umweltgutachter DE-V-0090 Impressum und Ansprechpartner

Herausgeber:

Bayerisches Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz (StMUV, Dezember 2024)

Hausadresse: Rosenkavalierplatz 2, 81925 München Postfachadresse: Postfach 81 01 40, 81901 München

E-Mail: poststelle@stmuv.bayern.de

http://www.stmuv.bayern.de

Bei Fragen oder Anregungen:

- zum Umweltmanagement/EMAS im StMUV:

Johannes v. Mücke, Umweltmanagementbeauftragter, Leiter des EMAS-Teams;

Tel.: (089) 9214 – 3549; johannes.muecke@stmuv.bayern.de

- zum Bereich strategisch-politischer Umweltschutz

Oliver Grimm, Tel: (089) 9214 – 2519, oliver.grimm@stmuv.bayern.de

- zum Bereich operationeller Umweltschutz, Klima- und Energiemanagement im StMUV Claudia-Constanze Neumann, Tel: (089) 9214-3743; claudia-constanze.neumann@stmuv.bayern.de

Bestellung von Veröffentlichungen:

http://www.bestellen.bayern.de

Allgemeine Fragen:

http://www.stmuv.bayern.de/ministerium/kontakt/index.htm

Telefon (089) 9214 - 00

EMAS-Team:

Oliver Grimm, Johannes v. Mücke, Claudia Constanze Neumann, Oliver Seel, Frau Ernestina Schindler (Frau Ulrike Sagasser)

Klima-Team

Thomas Heider, Peter Lippert, Claudia-Constanze Neumann, Markus Pertold, Dr. Karlheinz Stephan